

Die Rolle rußländischer Wirtschaftseliten im Jahre 1996

Petuchow, Wladimir; Wjunizkij, Wladimir

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Petuchow, W., & Wjunizkij, W. (1997). *Die Rolle rußländischer Wirtschaftseliten im Jahre 1996*. (Berichte / BIOst, 17-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42948>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Die Entwicklung der politischen Mitwirkung der Wirtschaftseliten.....	7
1.1 Mittel und Kanäle der Institutionalisierung von Wirtschaftseliten	7
1.2 Formen der Interaktion der Wirtschaftseliten mit der Staatsmacht.....	8
1.3 Die hauptsächlichen Finanz-Industrie-Gruppierungen der russischen Wirtschaftselite	10
2. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen: Eine neue Etappe des Zusammenwirkens wirtschaftlicher und politischer Eliten	13
2.1 Die Rolle der Wirtschaftseliten in den Wahlkämpfen von 1995-96.....	13
2.2 Die linke Opposition und die Wirtschaftseliten.....	17
2.3 Formen der Unterstützung für Jelzins Wahlkampf durch die Wirtschaftseliten	19
3. Die Situation nach der Wahl und die Herausbildung einer neuen Interessenbalance	20
3.1 Die Bildung der neuen Jelzin-Administration und der zunehmende Einfluß der an Tschernomyrdin und Tschubajs orientierten Geschäftseliten.....	20
3.2 Politische und wirtschaftliche Gewinne und Verluste der verschiedenen Wirtschaftssubjekte infolge des veränderten Kräftegleichgewichts in den oberen Rängen der Macht	23
3.3 Die Wirtschaftspolitik der Regierung und die Widersprüche der verschiedenen Gruppierungen in ihr.....	27
3.4 Alexander Lebed und die politischen Risikofaktoren	29
Anhang	32
Summary	35

12. März 1997

Dr. Wladimir Petuchow ist Direktor des Forschungszentrums des Russischen Unabhängigen Forschungsinstituts für sozialpolitische und sozialökonomische Probleme. Dr. Wladimir Wjunizkij ist Gehilfe des Präsidenten der Staatlichen Investitionskörperschaft.

Redaktion: Hans-Henning Schröder
Übersetzung: Bernd Bentlin

Wladimir Petuchow/Wladimir Wjunizkij

Die Rolle rußländischer Wirtschaftseliten im Jahre 1996

Bericht des BIOst Nr. 17/1997

Kurzfassung

Vorbemerkung

Einer der wesentlichen Faktoren des Sieges von Boris Jelzin bei der Präsidentschaftswahl vom Sommer 1996 war die aktive Unterstützung, die ihm von seiten der Wirtschaftseliten Rußlands zuteil wurde. Der Erfolg war zu einem guten Teil darauf zurückzuführen, daß zum ersten Mal in der Geschichte des seit 1991 reformierten Rußland die Wirtschaftseliten des Landes als konsolidierte, zu unkonventionellem Handeln fähige und – was die Hauptsache ist – durchsetzungswillige Kraft auftraten. Zu erörtern bleibt freilich die Frage: War die Fähigkeit der Eliten zu koordiniertem Handeln lediglich durch situationsbedingte Faktoren ausgelöst worden, war sie nur durch den drohenden Wahlsieg des kommunistischen Kandidaten zustandegekommen, oder ist der Einfluß der Unternehmerkreise und ihr eigenes Interessenbewußtsein gegenüber den Interessen der Gesellschaft heute so, daß er nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Leben Rußlands zu einem langfristig wirkenden Faktor wird?

Um diese Frage zu beantworten, werden in der vorliegenden Untersuchung im einzelnen folgende Probleme behandelt: Wer sind die hauptsächlichen Wirtschaftssubjekte und wie sind in der Mitte der neunziger Jahre ihre Verbindungen zu den verschiedenen Fraktionen des politischen Establishments? Welche Rolle spielten die Wirtschaftseliten bei der Sicherstellung des Sieges der "Partei der Macht" bei den Präsidentschaftswahlen und welches waren die konkreten Mittel, mit denen der Sieg erreicht wurde? Über welche Kanäle und in welchen konkreten Formen kommunizieren die maßgeblichen Personen der politischen Szene und der Finanz-Industrie-Gruppen Rußlands in der Zeit nach der Wahl?

Ergebnisse

Aufgrund ihrer Analyse sind die Verfasser dieses Berichts zu folgenden Ergebnissen gekommen:

1. Der Präsidentschaftwahlkampf in Rußland hat den gewachsenen Einfluß deutlich gemacht, den die Wirtschaftseliten nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Leben des heutigen Rußland ausüben. Entgegen zahlreichen Prognosen, denen zufolge die während des Präsidentschaftwahlkampfes erreichte Konsolidierung der Eliten aus Wirtschaft und Politik nicht von langer Dauer sein werde, zeigt der reale Verlauf des politi-

schen Lebens nach der Wahl, daß diejenigen Fraktionen des Establishments, die eine entscheidende Rolle beim Wahlsieg Boris Jelzins spielten, das in Rußland entstandene Sozial- und Wirtschaftssystem und seine Entwicklungsperspektiven ungeachtet bestehender Widersprüche ähnlich bewerten. Dabei repräsentieren die Wirtschaftseliten, die die Politik der neuen Administration des russischen Präsidenten beeinflussen, nur einen Teil der Wirtschaftssubjekte des heutigen Rußland, zu denen mehrere hochkarätige (vor allem Moskauer) Finanzeinrichtungen sowie Finanz-Industrie-Gruppen der Energiewirtschaft und des militärisch-industriellen Komplexes gehören. Infolge des veränderten Kräftegleichgewichts in den obersten Rängen der Macht sowie der Verschlechterung der Wirtschaftssituation ist deren Zahl sogar etwas gesunken. Was die große Masse der Wirtschaftssubjekte, einschließlich eines Teils des Finanz- und des Finanz-Industriekapitals, betrifft, so sind sie auf den höchsten Ebenen der Macht nicht real vertreten.

2. Die allgemeine Richtung der staatlichen Wirtschaftspolitik wird gegenwärtig von Viktor Tschernomyrdin und Anatolij Tschubajns bestimmt. Trotz gewisser taktischer Differenzen im Kampf um Einfluß im Kabinett konnte ihr Bündnis Ende 1996 als durchaus gefestigt gelten. Entsprechend verfügten diejenigen Gruppen der Finanz- und Industrielite, die sich am Premierminister und am Chef der Präsidentialadministration orientieren (die Russische AG "Gazprom", der Konzern "LogoVAZ", die ONEKSIM-Bank, die Gruppe "Most" und einige andere) über Kanäle, durch die sie auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Staates Einfluß nehmen können. Da die meisten dieser Gruppen dem Finanzkapital zuzurechnen sind, versuchen sie, unter Nutzung ihres Zugangs zu den Hebeln der Macht, diesen eine Wirtschaftspolitik zu diktieren, die für die übrigen Wirtschaftssubjekte nachteilig ist. Die Regierung ihrerseits versucht, einen Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Einflußgruppen aus dem Finanzbereich und den Industriebranchen zu finden, aber sie geht dabei sehr inkonsequent und widersprüchlich vor, und das wiederum führt zu zahlreichen Konflikten innerhalb und außerhalb der Regierung.
3. Angesichts politischer Probleme, vor allem im Zusammenhang mit der Krankheit von Präsident Jelzin und der möglichen Aussicht vorzeitiger Präsidentschaftswahlen, bereitet die immer stärker zutage tretende Rivalität der verschiedenen Wirtschaftsgruppen ernste Probleme für die "Partei der Macht". Das größte dieser Probleme war die faktische Bildung eines parallelen Macht- und Einflußzentrums um den ehemaligen Sekretär des Sicherheitsrats Alexander Lebed, was möglicherweise zur Folge hat, daß sich allerlei Bündnisse und Blöcke zwischen den durch die staatliche Politik "geschädigten" Wirtschaftssubjekten und den an Lebed orientierten politischen Strömungen bilden.
4. Mittelfristig ist eine Aktivierung der Wirtschaftseliten zu erwarten, die die Politik der Jelzin-Administration in zwei entscheidenden Richtungen bestimmen: Erstens bei der Umsetzung der bei der Präsidentschaftswahl gewonnenen politischen Vorteile in konkreten wirtschaftlichen Nutzen, vor allem durch Umverteilung von Haushaltsmitteln und Inanspruchnahme wirtschaftlicher Vergünstigungen; zweitens bei der Suche nach

einer konsolidierenden Persönlichkeit der "Partei der Macht" für den Fall, daß Jelzin seine Amtsgeschäfte nicht mehr wahrnehmen kann.

1. Die Entwicklung der politischen Mitwirkung der Wirtschaftseliten

1.1 Mittel und Kanäle der Institutionalisierung von Wirtschaftseliten

Die Herausbildung der neuen russischen Elite war alles in allem eine natürliche Folge der sozial-ökonomischen und politischen Entwicklungen, die letztlich dazu führten, daß in Rußland ein staatsbürokratischer Kapitalismus eingeführt wurde. Der Kristallisationspunkt der neuen –politischen wie auch wirtschaftlichen – Elite war bekanntlich die ehemalige Partei- und Staatsnomenklatur, die vor allem an der Entwicklung der exportorientierten Wirtschaftszweige und an der beschleunigten Schaffung einer Klasse von Eigentümern interessiert war. Eine weitere Basis der neuen Elite waren diejenigen Gesellschaftsschichten, die sich bei der Schaffung der Grundlagen von Marktwirtschaft und Demokratie unmittelbar gebildet hatten: Vertreter der neuen Geschäftswelt, die aus der Genossenschaftsbewegung und anderen Formen des neuen Unternehmertums entstanden war. Diese Gruppen standen hauptsächlich mit dem nichtstaatlichen Sektor der Wirtschaft und mit den führenden Vertretern der demokratischen Massenbewegung der späten achtziger und frühen neunziger Jahre in Verbindung. Insgesamt konnte sich aber die Mehrzahl der aus der Nomenklatur hervorgegangenen Geschäftsleute, die weder früher noch während der marktwirtschaftlichen Reformen Zugang zu den realen Kanälen der Macht und der Ressourcenkontrolle hatten, nicht an die harten Realitäten der ersten Periode der Kapitalakkumulation anpassen und in die neue herrschende Schicht integrieren. Nur die wenigen Vertreter des freien Unternehmertums, die im Konkurrenzkampf bestehen konnten, sind, als die neue russische Elite Gestalt annahm, in die erste, mächtigere Gruppe integriert worden.

Dabei war es gerade der aus der Nomenklatur hervorgegangene Teil des Unternehmerstandes, der in der ersten Etappe der Reformierung Rußlands politisch am aktivsten war. Seine Vertreter beteiligten sich an den ersten demokratischen Wahlen von 1989-1991, sie unterstützten Jelzin aktiv in seinem Kampf gegen die KPdSU und die Unionsbehörden, später die von Jegor Gaidar angeführte Gruppe der Reformer. Diese Entwicklung war ihnen durchaus nicht leichtgefallen, denn ein wesentlicher Teil der Staatsbürokratie nahm bis 1992 eine abwartende Haltung ein und beobachtete aufmerksam die Art und Richtung der eingeleiteten Veränderungen. Erst Ende 1992, als das Programm zur Privatisierung ehemaligen Staatseigentums verabschiedet wurde, schlug sie – oder zumindest ein bedeutender Teil von ihr – sich endgültig "zu den Fahnen" Jelzins.

Indessen zeigte die "alt-neue" Wirtschaftsnomenklatur keine Eile, sich zu einem selbständigen Subjekt der Politik zu institutionalisieren, statt dessen zog sie es vor, das altgewohnte Spiel hinter den Kulissen und mit Hilfe des Apparats weiter zu betreiben. Man muß bedenken, daß der damals stürmisch voranschreitende Privatisierungsprozeß nicht nur Offenheit begünstigte, sondern im Gegenteil auch ein Höchstmaß an Abriegelung nach außen verlangte, damit weder die Öffentlichkeit noch potentielle Konkurrenten bei der Aufteilung des Eigentums störten. Insofern waren die unternehmerischen Eliten bis 1995 gar nicht daran interessiert, ihre Politik an die große Glocke zu hängen. Natürlich stand der unsichtbare

Kampf im Apparat um Ressourcen und Einfluß keine Minute still, aber drei Jahre lang (von 1992 bis 1995) traten die unternehmerischen Eliten öffentlich in keiner Weise größer in Erscheinung.

Insbesondere ignorierten sie praktisch die Parlamentswahlen von 1993, was der nationalistischen Opposition in Gestalt von Wladimir Shirinowskij zugute kam. Die einzige öffentliche Aktion, die zustande kam und die die gewachsenen Möglichkeiten vor allem der neuen Finanzinstitute zeigte, war die 1993 entfachte großangelegte Propagandakampagne gegen die Absicht der Regierung und der Zentralbank Rußlands, westlichen Banken die Eröffnung eigener Filialen in Rußland zu gestatten. Es wurden auch Versuche unternommen, Strukturen korporativer Art zu schaffen: "Assoziation russischer Banken", "Verband der Industriellen und Unternehmer", "Runder Tisch der Geschäftsleute Rußlands", "Liga der Verteidigungsunternehmen" u.ä. Diese Organisationen hatten allerdings keinen größeren Einfluß auf die Wirtschaftspolitik der Regierung oder auch nur auf den Charakter der Beschlüsse der Staatsorgane.¹

Auch eine Reihe objektiver Umstände verhinderte die Konsolidierung der unternehmerischen Eliten und ihre Wandlung zu einem selbständigen Subjekt der russischen Politik.

Erstens: Die realen Umstände bei der Durchführung der Reformen, die mit einer entsprechenden Dezentralisierung des Wirtschaftslebens einhergingen, mußten zu einer Fragmentierung der Elitegruppen in verschiedene rivalisierende Gruppierungen führen.

Zweitens: Nach der "August-Revolution" von 1991 und besonders nach dem Beginn der marktwirtschaftlichen Umgestaltungen traten sehr bald ernste Widersprüche innerhalb des herrschenden Regimes zutage, die auf ein unterschiedliches Verständnis sowohl der allgemeinen Richtung als auch des Tempos der Umgestaltungen zurückzuführen waren. Zunächst bewirkten diese Widersprüche eine offene Konfrontation zwischen der Exekutive und der Legislative, die mit den Kämpfen im Zentrum Moskaus im Oktober 1993 und der Zerschlagung des Obersten Sowjet endete, danach kam es zur Herausbildung des sogenannten Systems von "Zügelung und Kontrast", "Gleichgewicht und Ungleichgewicht" oder einfacher gesagt: konkurrierender, nicht selten auch feindseliger Clans. Das erschwerte natürlich die Selbstdefinition der Elite und hemmte ihre Aktivität in der öffentlichen Politik.

1.2 Formen der Interaktion der Wirtschaftseliten mit der Staatsmacht

Gegen 1995 begann sich die Situation zu ändern. Die erste Etappe der Privatisierung, in der sich zuerst Finanzgruppen und danach Finanz-Industrie-Gruppen gebildet hatten – heute sind es in Rußland über 40 – war abgeschlossen. Auch ihre Einflußsphären waren abgesteckt, was im übrigen die Schärfe des Konkurrenzkampfes nicht minderte. Alles in allem waren im Rah-

¹ Näher ist der Evolutionsprozeß des Unternehmertums in der postkommunistischen Periode in einer Reihe von Analysen untersucht worden, die vom Zentrum für komplexe Studien und Marketing bei der Gesamtrussischen Union der Unternehmervereinigungen und der Organisationen "Runder Tisch der Geschäftsleute Rußlands" herausgegeben werden; Rossijskoe predprinimatel'stvo: social'nyj portret, Moskau, 1994, Heft VII; Gosudarstvennaja podderžka predprinimatel'stva: koncepcija, formy i metody, Moskau, 1995, Heft XII; Predprinimatel'stvo v Rossii: vybor puti, Moskau, 1995, Heft XIV.

men des nunmehr gefestigten Modells der Wirtschaftsbeziehungen die Voraussetzungen geschaffen, die zur Ausweitung des Einflusses der Wirtschaftseliten auf die Politik erforderlich sind.

Genau in diesem Moment gewinnen die Beziehungen zu den politischen Institutionen und vor allem zu den Institutionen der Staatsmacht für die Wirtschaftssubjekte besondere Bedeutung. Daher ist auf allen Ebenen wirtschaftlicher Betätigung – vom kleinen Geschäftsbetrieb bis zu den größten Finanz-Industrie-Gruppen – die Anknüpfung und Festigung von Kontakten zu den verschiedenen staatlichen und politischen Strukturen zu einer der wichtigsten Aktivitäten geworden. Der Unterschied ist nur der, daß sich der Kleinunternehmer die örtlichen Behörden (Präfekturen und kommunale Ämter, Miliz und Steuerbehörden) gewogen machen muß, während die Vertreter der staatsmonopolistischen Stufe und der Finanz- und Industrieoligarchie die gleiche Arbeit in den Korridoren der Föderationsorgane machen, und zwar sowohl der repräsentativen als auch der exekutiven. Aber ob so oder so, sie alle müssen, da die interessierten Wirtschaftsstrukturen selbst von den Neigungen und Vorlieben der politischen Elite geformt werden, eine mehr oder weniger zivilisierte Lobbyarbeit für ihre Interessen betreiben.²

Natürlich unterscheiden sich Ausmaß und Formen dieser Tätigkeit auf den verschiedenen Hierarchieebenen der Wirtschaftssubjekte erheblich voneinander. So ist der sogenannte "Lobbyismus" der Kleinunternehmer zum größten Teil halbkrimineller Art und beschränkt sich auf die Bestechung der Beamten, von denen ihr Wohl abhängt.³ Die mittlere und relativ große Geschäftswelt wirkt in der Regel – mit zivilisierteren Methoden – mit den regionalen politischen Eliten zusammen. Insbesondere fängt schon auf dieser Ebene die Formel: "Politische Protektion gegen wirtschaftliche Unterstützung" zu wirken an. Nach dieser Formel arbeiten bei Wahlkämpfen die regionalen wirtschaftlichen und politischen Eliten Hand in Hand: Bei den Wahlen zu den repräsentativen und exekutiven Organen der Regionen selbst sowie bei den Wahlen zu den Machtorganen der Föderation engagieren sich die regionalen Eliten für Kräfte ihrer Wahl und unterstützen auf ihrem Territorium die ihnen genehmen Kandidaten.

Unter den großen regionalen Bündnissen zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Elite ist vor allem die Gruppe von Unternehmen der Schwerindustrie im Ural zu nennen, die mit dem Gouverneur des Gebiets Swerdlowsk Eduard Rossel verbunden ist, ferner die Gruppen der Energiewirtschaft in Tatarstan und Baschkortostan, die sich an den Präsidenten dieser Republiken Mintimer Schaimijew und Murtasa Rachimow orientieren, die

² Zum Charakter der Wechselbeziehung mit der Staatsbürokratie äußert sich beispielsweise der bekannte russische Geschäftsmann und jetzige Politiker B. Beresowskij: "Überall gibt es persönliche Beziehungen – sie sind die Grundlage aller Geschäftstätigkeit. Rußland ist da keine Ausnahme, vielleicht sind sogar im Gegenteil diese Beziehungen hier ausgeprägter als in Ländern mit einer stabilen Wirtschaft. Alle, die heute im Geschäftsleben erfolgreich sind, stehen ausnahmslos in irgendwelchen Beziehungen zur Staatsmacht, zu konkreten Personen." – Zitiert nach: I. Bunin, *Biznes-élita i rossijskoe obščestvo*, in: *Vlast'*, Nr. 9/1996, S. 18.

³ Einer Umfrage zufolge, die 1995 von dem von I. Bunin geleiteten Zentrum für politische Technologien durchgeführt wurde, sehen bis zu 90 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmer keine Möglichkeit, ihr Geschäft zu betreiben, wenn sie nicht irgendwelchen Amtspersonen Bestechungsgelder zahlen. S. Ebenda.

Diamantförderungsunternehmen von Sacha-Jakutien, die den dortigen Präsidenten Michail Nikolajew unterstützen, sowie die exportorientierten Unternehmen der Holzindustrie Kareliens, deren politischer Vertreter der Regierungschef der Republik Viktor Stepanow ist u.a.

Aber alle diese Kategorien und Formen wirtschaftlicher Interessen haben, aufs Ganze gesehen, nur wenig Einfluß. Lediglich die genannten Republiken, in denen es entwickelte Branchen der Energiewirtschaft und der fördernden Industrie gibt – Tatarstan, Baschkortostan, Sacha-Jakutien, Komi, Karelien – haben die Ressourcen bis zu einem gewissen Grade (durch Verträge über die gegenseitige Abgrenzung der Kompetenzen) mit Moskau teilen und Einfluß auf die Moskauer Entscheidungen nehmen können.

Wirklichen Einfluß auf die Politik der Föderation hat indessen von allen Wirtschaftssubjekten nur deren oberste Stufe gewinnen können: eine dünne wirtschaftliche Eliteschicht, die vor allem durch die großen, mit den einen oder anderen Strukturen oder politischen Lagern eng verbundenen Finanz-Industrie-Gruppierungen vertreten ist.

1.3 Die hauptsächlichen Finanz-Industrie-Gruppierungen der russischen Wirtschaftselite

Analytiker heben innerhalb des russischen Wirtschaftsestablishments drei Branchenkomplexe hervor, die den größten Einfluß besitzen und deren Fraktionskampf untereinander die Dynamik der Wirtschaftsabläufe im Zeitraum 1993-1995 bestimmte und sie in einem gewissen Maße auch heute bestimmt. Es sind dies der Brennstoff- und Energiekomplex, der militär-industrielle Komplex und der agrar-industrielle Komplex

Mitte der neunziger Jahre repräsentierten den Brennstoff- und Energiekomplex die größten Exporteure, die den Hauptteil der Deviseneinnahmen des Landes erbrachten: die Russische AG "Gazprom", die Ölgesellschaften "LUKoil", JuKOS und SIDANKO sowie die Elektroenergie-AG "EËS Rossii" und die Vereinigung "Rosugol". Im Finanzierungsbereich wurden ihre Interessen durch die Banken "Imperial", "Nacional'nyj rezervnyj", TOKObank, Neftechimbank, Juganskneftebank u.a. wahrgenommen. Die Besonderheit des Lobbyismus im Ölförderungskomplex liegt darin, daß seine hauptsächlichen Subjekte überwiegend in der Provinz konzentriert sind, und zwar in den erdölfördernden Gebieten (z.B. Tjumen) und einigen nationalen Republiken im russischen Staatsverband (Tatarstan, Baschkortostan). Über eine straff zentralisierte Lobby verfügte von Anbeginn die Gasbranche in Gestalt der Russischen AG "Gazprom", was sich durch die technologischen Besonderheiten der Gasindustrie, ihre Monopolstellung auf dem russischen Markt sowie durch die persönlichen Interessen des russischen Premierministers Viktor Tschernomyrdin erklärt. Die Russische AG "EËS Rossii" begann zu dem Zeitpunkt erst, ihre Lobbystrukturen zu entwickeln, und die Vertreter der Kohleindustrie waren in dieser Gruppe nur eine Randerscheinung und zogen es deshalb vor, im Rahmen anderer Branchenlobbies tätig zu werden. Die wichtigsten Lobbyisten des Brennstoff- und Energiekomplexes in der Regierung waren der Minister für Brennstoffe und Energetik Jurij Schafrannik (vormals Sekretär des Tjumener Gebietspartei Komitees der KPdSU) sowie bis Oktober 1994 der geschäftsführende Finanzminister Sergej Dubinin. Im Oberhaus des russischen Parlaments, dem Föderationsrat,

stützt sich der Brennstoff- und Energiekomplex auf Abgeordnete, die die Regionen dieses Industriezweigs vertreten; im Unterhaus, der Staatsduma, auf die Fraktionen "Neue Regionalpolitik" (deren Abgeordnete ihr Mandat in den Mehrheitswahlkreisen zum Teil mit Unterstützung des Ministeriums für Brennstoffe und Energetik erhalten haben), "Partei der russischen Einheit und Eintracht" (die von "Gazprom" unterstützt wird) und zum Teil auf die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (deren Wahlkampf teilweise von Ölkonzernen finanziert wurde).

Der militär-industrielle Komplex war Mitte der neunziger Jahre trotz der einstmals führenden Position in der Wirtschaft des Landes erheblich geschwächt. Kennzeichnend für ihn war das Fehlen koordinierter Bemühungen bei der Verteidigung seiner Interessen, was sich durch den bis in die Sowjetzeit zurückgehenden harten Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Unternehmen, Forschungs- und Produktionsvereinigungen und Konstruktionsbüros erklärt. Außerdem bestanden und bestehen bis heute Widersprüche zwischen den Zweigen, die konventionelle Waffen herstellen und den High-Tech-Zweigen (Luftfahrt, Gerätebau, Weltraum- und Funkindustrie). Die Lobby in der Regierung war außerordentlich schwach: Der Vorsitzende des Staatskomitees für Verteidigungsindustrie Viktor Gluchich hatte keinen besonderen Einfluß im Kabinett. Daher fand die Lobbyarbeit des militär-industriellen Komplexes vor allem durch den ersten Vizepremierminister Oleg Soskowez und den Sekretär des Sicherheitsrats beim Präsidenten Rußlands, Oleg Lobow, statt. Ebenfalls sehr schwach war die Verteidigungsindustrie in den obersten Gesetzgebungsorganen Rußlands vertreten (vier Abgeordnete im Föderationsrat und zwei in der Staatsduma).

Gewiß versuchten die führenden Kreise des militär-industriellen Komplexes, ihre fehlende Vertretung in den obersten Machtstrukturen durch Selbstorganisation zu kompensieren, und zwar durch die Gründung der *Liga zur Unterstützung der Verteidigungsunternehmen und der Föderation der Warenproduzenten*, aber wegen deren führender Person, Jurij Skokow, der bei praktisch allen Regierungsbeamten in sehr schlechtem Ansehen stand, konnten diese Organisationen keinen nennenswerten Einfluß auf die für sie relevanten Entscheidungsprozesse nehmen.

Auf dem Weltmarkt wurden die Interessen des militär-industriellen Komplexes durch die staatliche Gesellschaft "Rosvooruzhenie" vertreten, die äußerst ineffektiv arbeitete, bis der damalige Chef der Leibwache des Präsidenten, Alexander Korshakow, ihre Kontrolle übernahm.

Eng verbunden mit dem militär-industriellen Komplex ist die sogenannte Metallurgie-Lobby, die die Interessen der größten Produzenten von Schwarz- und Buntmetallen vertritt (Hüttenkombinate Tscherepowez und Nowolipezk, Aluminiumfabriken Krasnojarsk und Bratsk, Russische AG "Noril'skij Nikel" u.a.). Die führende Bank dieser Produktionsstätten war zunächst die Unikom-Bank, etwas später die ONEKSIM-Bank. Ihr Hauptlobbyist in der Regierung war der schon erwähnte erste Vizepremier Oleg Soskowez. Er betrieb auch Lobbyarbeit für die Interessen der Kohleindustrie, die mit der Hüttenindustrie durch eine einheitliche Produktionskette verbunden ist.

Mit der Zunahme der Krisenerscheinungen in der Wirtschaft und mit dem weiteren Rückgang der Produktion werden die Positionen der Lobbygruppen, die für ein aktives staatliches Eingreifen in die Wirtschaft eintreten – des militär-industriellen Komplexes und der Maschinenbaubranchen insgesamt – allmählich stärker, vor allem seit dem Beginn des militärischen Konflikts in Tschetschenien. Genauer gesagt, geht es hier weniger um Einfluß dieser Gruppen selbst und der dahinterstehenden Unternehmen als vielmehr um den Einfluß ihres Patrons, des ersten Vizepremiers Oleg Soskowez. Genau in dieser Zeit wurde auch das Bündnis zwischen Soskowez und Korshakow endgültig geschmiedet.

Der agrar-industrielle Komplex hatte im Gegensatz zu den anderen Branchenkomplexen eine stark ausgeprägte vertikale Struktur: der Vizepremier der russischen Regierung, der die Branche kuriert (Alexander Sawerjucha), der Landwirtschaftsminister (A. Nasartschuk), die Parlamentsfraktion der Agrarpartei in der Staatsduma, die Standesorganisation Agrarunion, die Gewerkschaft der Beschäftigten des agrar-industriellen Komplexes, die stellvertretenden Verwaltungschefs für Agrarfragen, die Kolchosvorsitzenden und die Sowchosendirektoren. Finanzoperationen werden durch die Agroprombank und die Rossel'chozbank getätigt. Aber gerade wegen ihrer starren vertikalen Organisation ist die Agrarlobby nicht schlagkräftig und effektiv genug, wobei sie von Beginn an auch noch als oppositionelle Kraft gegen das herrschende Regime auftrat.

Zu den sonstigen Lobbystrukturen zählen Analytiker gewöhnlich auch die sogenannte "Moskauer Gruppe", die vom Moskauer Oberbürgermeister Jurij Lushkow und seiner engsten Umgebung angeführt wird. Diese Gruppe vertrat die Interessen der großen Banken und Finanzgesellschaften ("MOST", "Rossijskij kredit", sowie zum Teil die Banken "Stoličnyj" und "Menatep") und der größten Import-Handelsgesellschaften ("Sojuzkontrakt" u.a.). Trotz ihres scheinbar regionalen Charakters verfügte sie über erhebliche finanzielle Mittel. Das jährliche Nettoeinkommen der Moskauer Importgesellschaften soll in der ersten Hälfte der neunziger Jahre 6 Mrd. US-Dollar betragen haben. In der russischen Regierung verfügte diese Gruppe über keinen nennenswerten Einfluß, was sie aber u.a. durch das Vertrauensverhältnis zwischen Lushkow und Jelzin sowie durch die Kontrolle über einflußreiche russische Massenmedien – die Fernsehgesellschaft NTV, den Radiosender "Echo Moskaus", die Zeitungen "Moskovskij komsomolec", "Argumenty i fakty", "Segodnja", "Obščaja gazeta" u.a. – ausglich.

Sicher geben die aufgezählten Gruppierungen noch lange keine erschöpfende Darstellung der ganzen Vielfalt der Wirtschaftssubjekte im heutigen Rußland. So ist z.B. eine ganze Reihe großer Geschäftsbanken bis heute formell keiner Vereinigung lobbyistischer Art beigetreten. Das lag weitgehend daran, daß die Tätigkeit vieler Finanzinstitute nur indirekt mit anderen Bereichen wirtschaftlicher Aktivität in Berührung kam – das Geld wurde durch Kredit-, Anlage- oder allenfalls Handelsoperationen verdient. Die attraktivsten Bereiche des Kapitaleinsatzes waren der Interbanken-Kreditmarkt, der Devisenmarkt sowie der Markt der staatlichen Wertpapiere, und zwar hauptsächlich Staatsobligationen mit kurzer Laufzeit. Das heißt: Die wirtschaftlichen Interessen vieler Geschäftsbanken waren nicht auf die Produktion

und nicht einmal auf die Wirtschaftspolitik der Regierung ausgerichtet, sondern auf die Tätigkeit der Zentralbank Rußlands, von der sie praktisch alle abhängig waren.

Auch eine ganze Reihe höchster Regierungsbeamter und Mitarbeiter der Administration des Präsidenten, vor allem Angehörige der sogenannten liberalen Gruppe (Anatolij Tschubajs, Wirtschaftsminister Jewgenij Jassin, der Finanzminister, Alexander Liwschiz und einige andere) enthielten sich nach Möglichkeit der Lobbyarbeit für konkrete Wirtschaftsstrukturen. Sie sahen ihre Aufgabe in der Ausarbeitung und Realisierung einer allgemeinen Strategie für die finanzielle Stabilisierung, was sie, nebenbei bemerkt, einem ständigen Kreuzfeuer der Kritik von seiten der opponierenden Kräfte aussetzte.

Insgesamt war sich kein starrer, linearer Zusammenhang zwischen dem Erstarken eines Clans in den Strukturen der Macht und der Realisierung von Wirtschaftsinteressen der hinter ihnen stehenden Ämter oder einzelner Unternehmen erkennen. So hat sich etwa das Erstarken der Gruppe um Sосkowez und Korshakow in den meisten Unternehmen des militär-industriellen Komplexes und der verarbeitenden Industrie praktisch in keiner Weise niedergeschlagen. Was tatsächlich stattfand, war eine allmähliche Transformation des Kampfes um wirtschaftliche Interessen in einen Kampf um die Macht. Und in diesem Kampf wurden Vergünstigungen und Privilegien, die zu diesem Zeitpunkt gigantische Ausmaße angenommen hatten, nicht mehr nach den Kriterien der ökonomischen Zweckmäßigkeit vergeben, sondern entweder ausschließlich aufgrund politischer Loyalität oder zur Erringung neuer Positionen. So gewann etwa die völlig unbedeutende, halbkriminelle "Nationale Sportstiftung", die lange Zeit von Jelzins Sportberater und Tennispartner und – was die Hauptsache ist – Korshakows persönlichem Freund Schamil Tarpischtschew geleitet wurde, ein praktisches Monopol für den zollfreien Import alkoholischer Getränke und Zigaretten nach Rußland.

Insgesamt hat die immer offener zutage tretende Existenz rivalisierender Gruppierungen in den obersten Rängen der Macht die politische Entwicklung des Landes, zumal im Vorwahlmarathon, nachhaltig geprägt.

2. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen: Eine neue Etappe des Zusammenwirkens wirtschaftlicher und politischer Eliten

2.1 Die Rolle der Wirtschaftseliten in den Wahlkämpfen von 1995-96

Als der Wahlkampf zu den für Dezember 1995 ausgeschriebenen Parlamentswahlen begann, wurde der Gemeinschaft der Unternehmer bewußt, daß eine Konsolidierung der herrschenden Elite (im weiten Sinne) vonnöten war. Nicht von ungefähr unterstützten die Unternehmerkreise im Frühjahr 1995, als sich die "Partei der Macht" – die Bewegung "Unser Haus Rußland" (UHR) – unter der Führung von Viktor Tschernomyrdin organisatorisch formierte, mehrheitlich dieses Unterfangen. Aber schon im Verlauf des Wahlkampfes schuf die nur notdürftig verschleierte Rivalität zwischen den Gruppen um Tschernomyrdin und Sосkowez, zwischen Kreml und Weißem Haus, bei ausdrücklicher Nichteinmischung Präsident Jelzins, eine Atmosphäre der Ungewißheit, wobei die Business-Elite es vorzog, eine abwartende

Haltung einzunehmen. Indirekt wird das dadurch bestätigt, daß auf den Listen der UHR und des "Blocks Iwan Rybkin", einer weiteren regierungsfreundlichen Vereinigung, Kandidaten aus maßgeblichen Unternehmensstrukturen praktisch nicht vorhanden waren. Viele von ihnen, sogar "Gazprom", unterstützten UHR zwar finanziell, richteten ihr Hauptaugenmerk aber auf die Aufstellung eigener Parlamentskandidaten, die sich in den Wahlkreisen um ein Direktmandat bewarben.

Das Ergebnis war, daß UHR trotz kräftiger finanzieller Unterstützung und trotz eines geschickt geführten Wahlkampfes ein mehr als bescheidenes Resultat erzielte (10,5%) und der "Block Iwan Rybkin" ein völliges Fiasko erlitt. Das war ein schwerer Schlag, aber gleichzeitig auch eine gute Lehre, die allerdings nicht gleich begriffen wurde.⁴

Indessen wäre die Vermutung unrichtig, die "Partei der Macht" und die mit ihr verbundenen Wirtschaftsstrukturen seien bei den Parlamentswahlen vom Dezember 1995 auf der ganzen Linie gescheitert und die Wahlen hätten keinerlei positive Folgen gehabt.

Erstens hat die Business-Elite das Syndrom der Nabelschau weitgehend überwunden und verstanden, daß es neben ihren eigenen Interessen auch noch die Interessen nichtelitärer Gruppen gibt, die es ebenfalls in Betracht zu ziehen gilt.

Zweitens hat sie erkannt, wie wichtig es ist, durch Politiker verschiedener Ebenen, die ihre Interessen vertreten, im politischen Geschehen präsent zu sein, und sie hat verstanden, daß dies eine nicht minder effektive Art der Einflußnahme auf die Macht ist als in den Wandelhallen nach "Protektoren" zu suchen, die sich heute finden und morgen nicht, ganz zu schweigen von Bestechungsgeldern und ähnlichen "Instrumenten" krimineller oder halbkrimineller "Lobbyarbeit".

Drittens haben die Parlamentswahlen von 1995 wohl zum ersten Mal die Effektivität des Einsatzes moderner Technologien bei Wahlen deutlich gemacht, was dem Markt von Experten, Imageberatern, Werbeagenturen und soziologischen Diensten mächtigen Auftrieb gab. Im Verlauf des Wahlkampfes betrieben viele Korporationen und Geschäftsbanken Imagewerbung und pflegten Kontakte zu den Massenmdien, wofür sie spezielle Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit schufen. Es entstanden auf diesem Gebiet viele unabhängige Gesellschaften und Werbeagenturen ("Fonds für effektive Politik", "Video International", "LIS'S" u.a.).

Den Anfang mit dieser Art der Betätigung machte seinerzeit die Gruppe "MOST" und deren Präsident Wladimir Gussinskij persönlich, der ein ganzes Netz von Massenmedien unter seiner Kontrolle gründete. Danach begann der Chef der Gruppe "LogoVAZ", Boris Beresowskij, sich aktiv im Bereich "Public Relations" zu engagieren, und innerhalb der letzten zwei Jahre ist er faktisch zum Herren des ersten, zentralen Kanals des russischen Fernsehens geworden. Nicht zufällig spielten gerade diese zwei Personen eine Schlüsselrolle bei der Mobilisierung

⁴ Zu den Ursachen für die gescheiterte Transformation der herrschenden Nomenklatur aus Politik und Wirtschaft in eine strukturierte und durchorganisierte Regierungspartei siehe auch: "Partijno-političeskie élitý i élektoral'nye processy v Rossii", Moskau, Centr kompleksnyh social'nych issledovanij i marketinga, 1996, Heft XVII.

der russischen Massenmedien für die totale Unterstützung Jelzins bei den Präsidentschaftswahlen.⁵

So wurde schon im Verlauf der Parlamentswahlen das Fundament für Jelzins späteren Sieg bei den Präsidentschaftswahlen gelegt, wobei die Business-Elite wenn schon nicht die entscheidende, so doch eine sehr wichtige Rolle spielen sollte.

Dabei sah es zu Beginn des Wahlkampfes des amtierenden Präsidenten keineswegs danach aus, daß er am Ende siegen würde. Nur wenige Monate lagen zwischen den Parlamentswahlen, bei denen die KP Rußlands einen eindeutigen Sieg errungen hatte und dem Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes. In den oberen Rängen der Macht war man sich nicht sicher, ob Jelzin überhaupt für eine zweite Amtszeit kandidieren sollte. Es wurde die Meinung geäußert, Tschernomyrdin sei als konsolidierende Figur der "Partei der Macht" geeigneter. Aber selbst nachdem Jelzin offiziell seine Kandidatur erklärt hatte, herrschte noch fast anderthalb Monate lang das Gefühl, daß eine wie auch immer geartete Strategie für Jelzins Wahlkampf nicht zu erkennen sei. Dies alles war eine Folge eines Kampfes hinter den Kulissen, eines Konflikts der Einflußgruppen in der Umgebung des Präsidenten, wobei dieser Konflikt nur zum Teil mit der Strategie und Taktik des Wahlkampfes direkt zu tun hatte.

Zu Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes war die Position der Tschernomyrdin-Gruppe wegen der Niederlage bei den Parlamentswahlen erheblich geschwächt. Tschubajws war aus der Regierung ausgeschieden und hatte erklärt, er werde nicht mehr in die große Politik zurückkehren. Entsprechend waren die Hardliner der Gruppe Soskoweit-Korshakow erstarkt, und es war Soskoweit, der in der ersten Etappe den Stab für die Wiederwahl des Präsidenten leitete.

Da aber der Wahlkampf einen guten Anlaß bot, diese Gruppe und die hinter ihr stehenden Clans nicht nur wirtschaftlich zu konsolidieren (u.a. durch Akkumulation gewaltiger Finanzmittel, die sowohl für den Wahlkampf selbst als auch für die "Verteilung großzügiger Geschenke" an die Unterstützungsgruppen in Gestalt einzelner Unternehmen und ganzer Regionen verwandt wurden), sondern auch ihren politischen Einfluß zu stärken, versuchte die Gruppe Soskoweit-Korshakow, eine Art ideologische Revanche zu nehmen. Den zur Ausarbeitung von Jelzins Wahlkampfstrategie herangezogenen Experten und Analytikern wurde im Einzelnen aufgegeben, das Ende der liberalen Etappe der Reformen zu konstatieren und eine Korrektur des sozial-ökonomischen Kurses des Präsidenten und der Regierung zu mehr staatlicher Wirtschaftsregulierung hin vorzunehmen.

Was Jelzin persönlich betrifft, so setzte man auf die Schaffung eines Images als "Vater der Nation", als Garant von Stabilität und Ordnung, d.h. es ging darum, größere Übereinstimmung zwischen dem Image Jelzins und den in der Gesellschaft vorherrschenden traditionalistischen, neokonservativen Stimmungen zu erreichen. Hierzu ist allerdings zu bemerken, daß dies nur eine allgemeine Absicht war, die weder organisatorisch noch intellektuell Gestalt annahm. Schon zu Beginn des Wahlkampfes leistete sich der Stab von

⁵ Siehe A. Naryškina, *Političeskaja reklama kak podkormka dlja sredstv massovoj informacii*, in: *Segodnja*, 23.1.1996.

Soskowez einige schwere Fehleinschätzungen, die während der ersten Reisen des Präsidenten im Lande offenbar wurden, worauf Soskowez als Jelzins Wahlkampfleiter abgesetzt wurde.

Unterdessen war die Business-Elite wegen der im Zusammenhang mit Jelzins Wahlkampf entstandenen Situation immer stärker alarmiert. Einfach ignorieren konnte man die Wahl nicht, da schon zuviel auf dem Spiel stand. Der "LogoVAZ"-Chef Boris Beresowskij, ein Mann, der dem Kreml und Alexander Korshakow nahestand (was aber den Bruch mit dem Letzteren nicht verhinderte), wußte von den Plänen der zwar entmachteten, aber immer noch aktiven Gruppe Soskowez-Korshakow und organisierte eine Reihe von Beratungen mit Vertretern der einflußreichsten Finanz-Industrie-Gruppen, was schließlich zu dem sogenannten "Aufruf der 13" führte.⁶

Dieser Aufruf markierte einen Wendepunkt im Wahlkampf: Jelzin wechselte die Besetzung seines Wahlkampfstabs aus, an dessen Spitze Anatolij Tschubajs trat.

Die Erklärung von 13 Vertretern führender Industrie- und Finanz-Industrie-Gruppen Rußlands war nach Form und Geist so abgefaßt, daß sie die drohende Gefahr eines bürgerkriegsartigen Konflikts in der Gesellschaft abwenden sollte, und sie hatte zum Ziel, Stabilität, Frieden und nationale Eintracht zu erreichen. Sie war eine Art politisches Manifest, das von Vertretern des Big Business unterzeichnet wurde: "LogoVAZ", "MOST", der ONEKSIM-Bank, "Menatep", "Gazprom" und einiger anderer Großunternehmen des Luft- und Raumfahrtkomplexes und des militär-industriellen Komplexes. Schon daraus ist ersichtlich, daß es sich hier um eine mächtige Vereinigung handelte: Neben bedeutenden Finanzgruppierungen waren in ihr auch Großindustrielle vertreten, die auch im internationalen Maßstab bedeutende Positionen innehatten. Gerichtet war der Aufruf dieser Vereinigung an die zwei Hauptkonkurrenten im Präsidentschaftswahlkampf: Boris Jelzin und Gennadij Sjuganow. Es gab aber noch einen Adressaten: Alexander Korshakow, denn die Gefahr gesellschaftlicher Konflikte ging hauptsächlich von denen aus, die die Präsidentschaftswahlen aussetzen wollten. Nachdem die Gruppe Soskowez-Korshakow aus der unmittelbaren Leitung des Wahlkampfes von Jelzin faktisch ausgeschlossen war, trat die "Gruppe der 13" mit einer weiteren Erklärung an die Öffentlichkeit, die jetzt ein faktisches Ultimatum an die Kommunisten enthielt, sich von ihrem Programm loszusagen. So hatten die Geschäftsleute, die sich erst zu einem überparteilichen Schiedsrichter erklärt hatten, schon vor der Wahl ihre Entscheidung zugunsten der Partei der Macht getroffen.

Insgesamt setzten sich drei von vier großen politisch-wirtschaftlichen Gruppierungen für Jelzin ein – die Gruppe der Energiewirtschaft, die "Moskauer" Gruppe und der militär-industrielle Komplex. Dieser war 1996, auch wenn er noch immer schwere Zeiten durchmacht, gegenüber der Staatsmacht der Föderation nicht mehr so oppositionell eingestellt, und zwar vor allem deshalb, weil einige Großunternehmen der Verteidigungsindustrie sich durch Auslandsaufträge wieder erholt hatten. Der Verzicht des Staates auf die Beschränkung des Rechts der einschlägigen Wirtschaftssubjekte auf freien

⁶ Siehe Nezavisimaja gazeta, 27.4.1996.

Zugang zum Auslandsmarkt, hatte für diese den Verlust der Staatsaufträge teilweise kompensiert und sie mit der amtierenden Staatsmacht versöhnt.

Nur die Agrarlobby verharrte weiterhin auf einer starren Position. Die Weigerung der staatlichen Stellen, die Schulden der Agrarwirtschaft zu subventionieren und den Import von Lebensmitteln nach Rußland zu beschränken, mußte diese Gruppe unweigerlich den konsequenten Gegnern des Präsidenten zuführen und machte sie zu einer der hartnäckigsten Unterstützergruppen für Jelzins Haupttrivalen Sjuganow.

Etwas komplizierter sah es bei den Finanzkreisen Rußlands aus. 1996 befanden sich die meisten Geschäftsbanken in einer ziemlich schwierigen Lage. Die Möglichkeit, "leichtes" Geld zu machen, war wegen der hohen Inflation geschwunden. Die Mehrzahl der Banken stand vor einer Liquiditätskrise. Es kam zu einer Welle von Zusammenbrüchen zunächst noch kleiner und mittlerer Banken. Im realen Wirtschaftssektor gab es nicht allzu viele Unternehmen, die unter dem Gesichtspunkt von Investitionen und Kreditvergabe interessant waren, und um sie entbrannte ein heftiger Kampf. Insbesondere der Zeitraum von Ende 1995 bis Anfang 1996 stand im Zeichen einer Reihe von Skandalen um die Pfandversteigerungen einiger privatisierter Großunternehmen (RAG "Noril'skij Nikel", Ölgesellschaften "Jukos" und "Sidanko").

Zu "Helden" dieser Skandale wurden auf der einen Seite die ONEKSIM-Bank und die "Menatep" und auf der anderen Seite die "Inkombank" und die Bank "Rossijskij kredit". Den (von den Konkurrenten allerdings angefochtenen) Sieg errangen bei Auktionen die ONEKSIM-Bank, die als Pfand das Aktienpaket der RAG "Noril'skij Nikel" erhielt und die "Menatep", die die staatlichen Aktienpakete der großen Ölgesellschaften "Jukos" und "Sidanko" erwarb. Daraufhin starteten die "Inkombank" und die Bank "Rossijskij kredit" (ihnen schloß sich noch die "Al'fa-Bank" an) eine politische Kampagne mit dem Ziel, die Konkurse zu überprüfen, die Konkurrenten auszuschalten und eine Neuverteilung des nach ihrer Meinung ungerecht Aufgeteilten vorzunehmen.

2.2 Die linke Opposition und die Wirtschaftseliten

Die Idee einer Neuverteilung von Eigentum brachte einige große Finanz-Industrie-Gruppen der russischen Linken näher, die sich für eine Revision der Ergebnisse der Privatisierung und aller damit verbundenen Änderungen der Eigentumsformen aussprachen. Gemeinsam war ihnen insbesondere die Methodik der vorgeschlagenen Beschlüsse, das für wünschenswert erachtete Handlungsschema ("anderen nehmen und mir geben").

Wie sich aber im Verlauf des Präsidentschaftswahlkampfes herausstellte, handelte es sich hier nicht allein um Ähnlichkeiten der Mentalität. Dahinter steht faktisch, so paradox das auch klingen mag, eine Gemeinsamkeit der politischen Positionen eines Teils der neuen russischen Kapitalisten und ihrer, wie man meinen sollte, eingeschworenen Klassengegner, der Kommu-

nisten. Das kam auch in der Wahlkampfhilfe einiger Finanz-Industrie-Gruppen für linke Kandidaten zum Ausdruck.⁷

Bis vor kurzem galt als ausgemacht, daß sich die Finanzpolitik der KPRF hauptsächlich auf das mittlere Unternehmertum stützt, das in den heutigen Organen der Staatsmacht kein "Dach" besitzt und mit dem Kurs der Regierung unzufrieden ist. Allenfalls wurde zu dieser Gruppe noch ein Teil der Direktorenschaft gezählt: die ehemaligen "roten Direktoren", die den Kommunisten durch eine gemeinsame Vergangenheit als Kader und in der Politik verbunden waren. Nach Informationen zu urteilen, die aus diesen Kreisen nach außen dringen, wurden die Kommunisten 1995-96 aber auch von einzelnen Vertretern der oberen Ränge des Unternehmertums unterstützt, vor allem durch einige Geschäftsbanken wie die "Inkombank", die "Tver'universalbank" und die "Promstrojbank."

Einschränkend ist hier allerdings anzumerken, daß es hierzu bislang keine zuverlässigen Informationen gibt. Deshalb benutzen die Konkurrenten der genannten Banken nicht selten die Gerüchte um deren Zusammenarbeit mit der KP, um sie in den Augen der Machthaber zu kompromittieren. Überhaupt ist die Methode, vertrauliche Informationen "durchsickern" zu lassen und sie anschließend durch die Massenmedien zu verbreiten, schon fast zur beliebtesten Form des Konkurrenzkampfes der Banken untereinander geworden.

Aber wie dem auch sei, in einem Interview, das der Präsident der "Inkombank", W. Winogradow, in der Zeit des Präsidentschaftswahlkampfes dem Sender "Itogi" gab, gab er praktisch zu, die KP zu unterstützen, als er betonte, seine Bank unterstütze die unterschiedlichsten politischen Kräfte. Möglicherweise ist das tatsächlich eine Erscheinungsform des alten Prinzips: "Nicht alle Eier in einen Korb legen", bei dem man sich für den Fall absichern will, daß alle möglichen politischen Kräfte an die Macht kommen (so hat die "Inkombank" z.B. auch die Kandidatur Alexander Lebeds unterstützt). Symptomatisch ist freilich, daß sich in einer zentralen Frage der Auseinandersetzung zwischen den hauptsächlich politischen Kräften – nämlich in der Frage des Eigentums und der Möglichkeiten seiner Umverteilung – eine Gemeinsamkeit der Positionen mit denen der kommunistischen Ideologen zeigte.

Winogradow verweigerte auch seine Beteiligung an der Aktion der "13" und veranstaltete auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes in Jekaterinburg ein alternatives "Allrussisches Wirtschaftsforum", an dem die regionalen Unternehmereliten teilnahmen und auf dem an den Präsidentschaftskandidaten Jelzin eine Reihe harter Forderungen formuliert wurde.

Sjuganow und die KP nahmen ihrerseits in der Eigentumsfrage eine ziemlich flexible Haltung ein. Sjuganows Formel – nur das renationalisieren, was gesetzwidrig privatisiert wurde – stieß, wie es aussah, in der ersten Zeit auf ein gewisses Interesse, vor allem bei denen, die meinten, daß es bei der Umverteilung des Eigentums ungerecht zugegangen sei.

Nachdem aber der Wahlkampf in eine starre Polarisierung nach dem Prinzip "Wer wen" bzw. "Wir oder die" umgeschlagen war, war es für einen seriösen Unternehmer schlichtweg unmöglich, sich gegenüber dem Kandidaten der "Partei der Macht" illoyal zu zeigen und offen

⁷ G. Čerkesov, Lider KPRF pytaetsja rassirit' krug svoich storonnikov, in: Segodnja, 19.3.1996.

seine Unterstützung für dessen Gegner zu erklären. So kam es, daß zwar von dem einen oder anderen im Stillen Hilfe an Sjuganow geleistet wurde, daß aber öffentlich praktisch alle Unternehmervereinigungen ihre volle und vorbehaltlose Unterstützung für Jelzin erklärten.

2.3 Formen der Unterstützung für Jelzins Wahlkampf durch die Wirtschaftseliten

Art und Form des Engagements von Unternehmervereinigungen bei der Präsidentschaftswahl waren unterschiedlich. Von zentraler Bedeutung war zweifellos die Finanzierung von Jelzins Wahlkampf. Laut inoffiziellen Angaben betrugen die Kosten seiner Kampagne 40-50 Billionen Rubel oder 1 Mrd. Dollar. Diese Summe enthält sowohl die Kosten für den eigentlichen Wahlkampf als auch die Mittel, die Jelzin auf seinen Reisen durch das Land für einzelne Territorien, Unternehmen und soziale Gruppen vergab oder zu vergeben versprach (die meisten dieser Zusagen wurden übrigens gleich nach der Wahl wieder zurückgenommen). Der hauptsächliche Teil der Ausgaben der Unternehmervereinigungen entfiel dabei auf die Vergabe von Mitteln an einzelne Territorien und Unternehmen, damit diese ihre Lohnschulden abrechnen konnten.⁸

Zu den Formen der indirekten Unterstützung kann auch das Einfrieren der Preise für Energieträger (Gas, Erdölprodukte, Elektrizität) für den internen Gebrauch gezählt werden, was einzelnen Unternehmen des Brennstoff- und Energiekomplexes große Verluste eintrug und zur Folge hatte, daß es später, nach den Präsidentschaftswahlen, in den Regionen Fernost und Sibirien zu einer schweren Energiekrise kam. Im gleichen Kontext ist auch die Aufrechterhaltung hoher Zinsen für Bankeinlagen von Privatpersonen (vor allem für Einlagen bei der von der Zentralbank Rußlands kontrollierten Sberbank [Sparbank], die bis zu 70% der Einlagen der Bürger Rußlands hält) bei ständigem Rückgang des Inflationstempos zu sehen. Das alles waren keine wirtschaftlichen, sondern politische Maßnahmen mit einem deutlichen Beigeschmack von Populismus.

Die zweite Form ist die Arbeit in den Regionen. Bemerkenswerterweise erhielt Jelzin bei den Wahlen die größte Unterstützung in denjenigen Regionen, in denen die Position der Finanz-Industrie-Gruppen am stärksten war (die Ballungszentren Moskau, St. Petersburg, Jekaterinburg, dazu der Nordosten des Landes und ein Teil der Republiken im Wolgagebiet).

Schließlich wurden bedeutende finanzielle Mittel für die schon erwähnte Mobilisierung der Massenmedien, insbesondere des Fernsehens, für die Unterstützung Jelzins eingesetzt. Hier spielten Beresowskij und Gussinskij, die sich früher gegenseitig bekämpft hatten, eine Schlüsselrolle. Sie organisierten eine Propagandakampagne von beispiellosem Ausmaß, bei der es aber nicht so sehr um Unterstützung Jelzins ging, sondern vielmehr um die Diskreditierung seines Hauptkonkurrenten Sjuganow.

⁸ So wurde z.B. die "Nationale Reservebank", die für die Auslandsverschuldung Rußlands zuständig ist, vor dem ersten Wahlgang vom Finanzministerium gebeten, dem Ministerium für Atomindustrie 50 Mio. Dollar zur einmaligen Auszahlung der Löhne an die Beschäftigten des Atomsektors zu finanzieren. Solche Beispielen gab es viele. S. Novaja gazeta, 12.-18.8.1996.

Nicht selten war in Rußland auch noch nach dem Ende der Präsidentschaftswahl zu hören, daß es den Unternehmereliten im Wahlkampf entweder um eigennützige oder um fundamentale Klassen- und Standesinteressen gegangen sei. Zum Teil trifft das auch zu.⁹ Aber eben nur zum Teil. Das Bündnis Jelzins mit der Geschäftselite zeigte auch, daß die Existenz einer konsolidierenden Macht in Rußland dringend notwendig ist. Die Unternehmer haben es satt, ihre Investitionen in die Politik, wie es einer von ihnen ausdrückte, zu "verschmieren". Sie sind es leid, daß es eine Unzahl von Entscheidungszentren gibt, die zudem divergierende Vorstellungen von der Entwicklung des Landes haben.

Dabei hatte natürlich jeder von ihnen sein eigenes Interesse und setzte seine Hoffnungen auf günstige Perspektiven für sich. Bei manchen gingen diese Hoffnungen in Erfüllung, bei anderen nicht.

3. Die Situation nach der Wahl und die Herausbildung einer neuen Interessenbalance

3.1 Die Bildung der neuen Jelzin-Administration und der zunehmende Einfluß der an Tschernomyrdin und Tschubajts orientierten Geschäftseliten

Sofort nach Beendigung der Präsidentschaftswahl wandte sich die Aufmerksamkeit der Analytiker der Bildung der neuen Regierung und der Präsidentialadministration zu, denn dabei wurde auch der allgemeine Kurs für das weitere staatliche Handeln festgelegt, und es wurden diejenigen Wirtschaftskreise bestimmt, in deren Interesse dieses Handeln erfolgen würde.

Hierbei gab es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine besonderen Überraschungen. Jelzin ließ deutlich eine Kontinuität seines politischen und wirtschaftlichen Kurses erkennen und bevorzugte bei der Bildung der Exekutivorgane der Föderation diejenigen, die seinen Wahlsieg sichergestellt hatten. Aber die unmittelbar auf die Wahl folgende Krankheit des Präsidenten hatte eine erneute Umgruppierung der Einflußkräfte und -zentren zur Folge.

So kam es, daß die Art und Richtung der sozial-ökonomischen und politischen Entwicklungen allmählich von zwei gegenläufigen Tendenzen beeinflußt wurde: auf der einen Seite von der fortdauernden Tendenz zur Konsolidierung der "Partei der Macht" um diejenigen Kräfte, die den für sie positiven Ausgang des Wahlkampfes entscheidend beeinflußt hatten und auf der anderen Seite von der Tendenz zum Fraktionskampf um die nach dem Abgang von Soskowez und Korshakow freigewordenen Einflußzonen sowie vom Kampf um das politische Erbe Jelzins.

⁹ So fiel der Zeitung "Sovetskaja Rossija", die in Opposition zum gegenwärtigen Regime steht, ein Dokument in die Hände, in dem die Kosten von Jelzins Wahlkampfstab für Ende April – Anfang Mai festgelegt werden. Sollte dieses Dokument der Wahrheit entsprechen (was von Jelzins Wahlkämpfern nur zögernd dementiert wird), dann wird offenbar, daß erhebliche Summen für Zwecke verwendet wurden, die mit dem Wahlkampf als solchem nichts zu tun haben. – Siehe T. Kas'janenko, *Protokoly kremlevskich mudrecov*, in: *Sovetskaja Rossija*, 10.10.1996.

Die Schlüsselfiguren, die seit der Wahl die Politik des Weißen Hauses und des Kreml bestimmen, sind nach Meinung führender Politologen Viktor Tschernomyrdin und Anatolij Tschubajs.

Premierminister Tschernomyrdin stand im Wahlkampf zwar etwas im Schatten, spielte aber dennoch bei der Konsolidierung der regionalen und wirtschaftlichen Eliten eine wichtige Rolle. Die Entfernung seiner ewigen Gegner (Soskowez u.a.) aus ihren Ämtern besorgten faktisch andere. Auf überraschend wenig Schwierigkeiten stieß die Bestätigung seiner Kandidatur für das Amt des Premierministers in der Staatsduma. Tschernomyrdin, der sich schon die Kontrolle über den Brennstoff- und Energiekomplex erhalten konnte, "reißt" nach und nach auch die Aufsicht über den militär-industriellen Komplex an sich. Über den Präsidenten der Zentralbank Rußlands, seinen Zögling Sergej Dubinin, hat der Premierminister darüber hinaus die Möglichkeit, auf die Tätigkeit der Geschäftsbanken einen gewissen Einfluß auszuüben.

All das zeugt vom gewachsenen persönlichen Einfluß Tschernomyrdins und gibt eine Vorstellung davon, wie weit sich seine Unterstützung durch die Wirtschaft möglicherweise noch erweitert. Für ernsthafte politische Pläne des Premierministers spricht auch seine Absicht, die Bewegung "Unser Haus Rußland" zu einer politischen Massenpartei zu machen mit dem Ziel, unmittelbar in der Bevölkerung breite Unterstützung für Tschernomyrdin zu gewinnen.

War die Stärkung der Position Tschernomyrdins für die Zeit nach der Wahl von vielen vorausgesagt worden, so wirkte das "Wiedererscheinen" von Anatolij Tschubajs trotz seiner Verdienste für Boris Jelzin zunächst überraschend. Es war aber völlig logisch, wenn man die Entwicklung bedenkt, die Tschubajs in den letzten Jahren durchgemacht hat. Von vielen Analytikern wird der Chef der Präsidialadministration nach wie vor als Wirtschaftstechnokrat "aus dem Stall Gaidar" angesehen. Dabei ist er schon längst ein etablierter Politiker mit breitgefächelter Unterstützung. Als jemand, der keine feste Verbindung zu irgendeiner konkreten Lobby hat (was ihm Manövrierraum verschafft), ist er zum informellen Anführer der rechtsliberalen Kräfte und einiger mächtiger Finanz-Industrie-Gruppen geworden, u.a. von "LogoVAZ", "Menatep", "Most" und bis zu einem gewissen Grade auch der "ONEKSIM-Bank", deren Chef Wladimir Potanin als erster Vizepremier mit Verantwortung für die Wirtschaft in die Regierung aufgenommen wurde, so daß die "ONEKSIM" jetzt die Möglichkeit hat, über zwei Kanäle – die Präsidialadministration und die Regierung – auf die Formulierung der Politik einzuwirken.

Die an Tschernomyrdin, Tschubajs und – etwas weniger – an Jurij Lushkow orientierten Business-Eliten traten, wie schon gesagt, bei der Präsidentschaftswahl als konsolidierte Kraft auf und spielten eine entscheidende Rolle bei der finanziellen, intellektuellen und propagandistischen Sicherstellung des Sieges von Boris Jelzin. Von daher ist es nur folgerichtig, daß sie sich heute in einer, verglichen mit den übrigen, günstigeren Position befinden, vor allem, was die politischen Einflußmöglichkeiten angeht.

Das bestätigen insbesondere die Ergebnisse einer Befragung führender russischer Experten zur Bestimmung des politischen Einflusses (nach einer fünfstufigen Skala) der fünfzig führenden russischen Unternehmer. Durchgeführt hatte die Befragung die Agentur für

Wirtschaftsinformation im Auftrag der "Nezavisimaja gazeta" Ende Juli – Anfang August auf der Basis der Ergebnisse des zweiten Quartals 1996 (s. Anhang).¹⁰

Wie aus dieser Befragung hervorgeht, dominieren unter den 50 politisch einflußreichsten Unternehmen mit absoluter Mehrheit die Vertreter der Erdölindustrie, der Gasindustrie und der Finanzwirtschaft, auf den ersten Plätzen stehen dementsprechend: Rem Wjachirew (Gazprom), Boris Beresowskij ("LogoVAZ"), Wladimir Gussinskij ("Most"), Wagit Alekperow ("LUKoil") und Wladimir Potanin ("ONEKSIM-Bank"), also alle diejenigen, die für Jelzins Wahlsieg gesorgt haben. Auffällig ist hierbei das praktisch völlige Fehlen von "Produzenten". So rangieren die Finanziere und Vertreter des Brennstoff- und Energiekomplexes, die den bekannten "Aufruf der 13" an Jelzin unterzeichnet hatten, fast alle unter den ersten zehn, während die Leiter großer Industrieunternehmen – der Generaldirektor der AG "AvtoVAZ", A. Nikolajew, der Präsident der Konstruktionsfirma "Jakowlew", A. Dundukow, und der Präsident der MAK "Vympel", I. Michailow, in der Liste entweder am Ende oder überhaupt nicht auftauchen.

Was die "Moskauer Gruppe" betrifft, so ist unter den Unternehmen, die Zugang zum neuen Chef der Präsidentschaftsverwaltung gefunden haben, die Gruppe "Most" am einflußreichsten. Das zeigt sich daran, daß ihr stellvertretender Generaldirektor S. Swerew in der von der Präsidententochter Tatjana Djatschenko geleiteten Analysegruppe (faktisch einem parallelen Wahlkampfstab) bei Tschubajts mitarbeitete.

Die während des Wahlkampfes gedämpften persönlichen Animositäten zwischen Tschubajts und dem Moskauer Oberbürgermeister Lushkow sind in jüngster Zeit erneut zutage getreten, was es für die übrigen bevollmächtigten Finanzorganisationen der Moskauer Regierung schwierig macht, vertrauensvolle Beziehungen zum Chef der Präsidentschaftsverwaltung herzustellen.

Somit wird der Charakter der Wirtschaftspolitik im heutigen Rußland hauptsächlich von Tschernomyrdin, Tschubajts und den sie unterstützenden Finanz-Industrie-Gruppen bestimmt. Was die Politik allgemein angeht, so kann das Bündnis zwischen Tschernomyrdin und Tschubajts als vollkommen gefestigt gelten: Beide vereint die allgemeine Sicht der Entwicklungsperspektiven des Sozial- und Wirtschaftssystems des Landes, beide setzen für die Entwicklung der russischen Wirtschaft auf das Modell der Rohstoffexporte, in der internationalen Politik und im Verhältnis zu den GUS-Ländern vertreten sie die gleiche Linie usw. Zu einem konsolidierenden Faktor wird immer mehr das Bestreben, das Eindringen Alexander Lebeds und seines Wirtschaftsberaters Sergej Glasjew in die Wirtschaftspolitik zu stoppen.

Daneben gibt es auch etliche Widersprüche, etwa den Kampf um Einfluß im Kabinett, die Kontrolle über Gazprom und das Ausgreifen auf den militär-industriellen Komplex. Auch wenn die Behauptung einiger russischer Massenmedien, fast die Hälfte des neuen Kabinetts, einschließlich der Wirtschaftsressorts (Alexej Bolschakow, Wladimir Potanin, Alexander

¹⁰ Siehe Nezavisimaja gazeta, 14.9.1996.

Liwschiz, Viktor Iljuschin u.a.) seien Schützlinge von Tschubajts, nicht stimmt – die "Hand" des Chefs der Präsidentialadministration ist in der Regierung zweifellos zu spüren.

Als Chef der Präsidentialadministration obliegt ihm die Ernennung aller Kader für die Föderationsorgane, ohne seinen Sichtvermerk kann kein Erlaß des Präsidenten herausgehen. Zwar hat Tschubajts seine Möglichkeiten bislang nicht besonders mißbraucht, aber er hat doch einige Ernennungen und Handlungen vorgenommen, die deutlich machen, daß er sein Interesse an der Ausarbeitung und Durchführung der Wirtschaftspolitik keineswegs verloren hat.

Neben der Umorganisation der Präsidentialadministration und der Beförderung Potanins zum ersten stellvertretenden Premierminister gelang es Tschubajts auch, den Status der von einem seiner engsten Mitstreiter, D. Wassiljew, geleiteten Föderationskommission für Wertpapiere in den Rang eines Ministeriums zu erhöhen, und er erreichte, daß Alfred Koch, derselbe Mann, der seinerzeit die Pfandauktionen initiiert hatte und dabei offen als Lobbyist für die Interessen von "Menatep" und der "ONEKSIM-Bank" aufgetreten war, zum Vorsitzenden des Staatskomitees für Vermögensfragen ernannt wurde.

Die "ONEKSIM-Bank" ihrerseits erreichte über den ersten stellvertretenden Premierminister Potanin kaum einen Monat nach dessen Ernennung, daß Jelzin einen Erlaß über staatliche Unterstützung für die RAG "Noril'skij nikel" unterzeichnete, deren staatliches Aktienpaket von der "ONEKSIM-Bank" verwaltet wird. Das ermöglicht es der Bank, einen erheblichen Teil der Kosten für den Umbau des Unternehmens und für die Lösung der sozialen Probleme der vieltausendköpfigen Belegschaft auf den Staat abzuwälzen. Dabei hatten die Bedingungen der Auktion, bei der das Aktienpaket erworben worden war, vorgesehen, daß diese Pflichten dem Halter des staatlichen Aktienanteils auferlegt werden.

3.2 Politische und wirtschaftliche Gewinne und Verluste der verschiedenen Wirtschaftssubjekte infolge des veränderten Kräftegleichgewichts in den oberen Rängen der Macht

Diese und zahlreiche weitere Beispiele belegen anschaulich die Tendenz zur Konzentration der Ressourcen und des Einflusses in bestimmten, genau lokalisierbaren Bereichen des Establishments. Tschubajts' Rückkehr an die Macht bedeutet ebenso wie der Eintritt des ONEKSIM-Präsidenten Potanin in die neue Regierung und die Stärkung der informellen Positionen von Beresowskij und Gussinskij vor den Türen der Staatsmacht faktisch nicht nur die Legitimierung der während des Wahlkampfes herausgebildeten Gruppierung, sondern auch ihr Bestreben, politischen Einfluß in wirtschaftlichen Vorteil umzumünzen.

Ihre jüngste öffentliche Aktion war eine großangelegte Propagandakampagne für die Rücknahme des vom Finanz- und Wirtschaftsministerium vorbereiteten Präsidentenerlasses über die Besteuerung der Einkünfte aus Bankdepósitos und -einlagen, die für das heimische Finanzkapital eines der hauptsächlichen und zudem völlig legalen Schlupflöcher zur Steuervermeidung sind – entgegen den Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds und angesichts einer durch eine andauernde "Steuerpause" entstandenen kritischen Situation, in der landesweit nicht mehr als 50 Prozent der fälligen Steuern eingenommen werden.

Ein noch größeres Ziel der Finanzlobby ist es, dafür zu sorgen, daß die Geschäftsbanken die ihnen zukommenden Einnahmen aus Einlagen in Staatsobligationen mit kurzer Laufzeit regelmäßig und vorrangig erhalten. Gegenwärtig beträgt diese Summe bis zu 90 Billionen Rubel, und die hohe Rendite der Einlagen in Staatsobligationen mit kurzer Laufzeit wirkt sich hemmend auf die Investitionen in den realen Wirtschaftssektor aus. Geprüft wird auch der Wunsch, die Export- und Importpolitik der neuen Föderationsorgane zu beeinflussen, d.h. einen ziemlich weiten Problemkreis, der die Interessen anderer Wirtschaftssubjekte berührt.

Das hängt in erster Linie damit zusammen, daß viele Finanz-Industrie-Gruppen heute mehrere Branchen umfassen und multifunktional geworden sind. So gehören beispielsweise zu "Gazprom", der weltgrößten Gesellschaft für Gasförderung, 900 Unternehmen an, die ihrerseits in 66 Tochtervereinigungen zusammengeschlossen sind. Gleichzeitig investiert "Gazprom" in über 100 weitere Unternehmen, u.a. im Bankwesen, in der Automobil- und Schiffbauindustrie in der Möbelproduktion und in der Landwirtschaft.

Ein weiteres Beispiel ist die "ONEKSIM -Bank". In etwas mehr als einem Jahr ist ihre Finanz-Industrie-Gruppe "Interros" zu einer der größten Mischkorporationen geworden. Sie hält 38 Prozent der Aktien von "Noril'skij nikel". Weitere 51 Prozent der Aktien der viertgrößten Erdölgesellschaft "Sidanko" hat die eng mit der "ONEKSIM-Bank" verbundene "Internationale Finanzgesellschaft" erworben. Damit verfügt die ONEKSIM-Gruppe faktisch über eine große Ölgesellschaft, das größte Nickelbergwerk der Welt, Produktionsstätten der Chemie- und Aluminiumindustrie sowie – durch Fusion mit der Finanz-Industrie-Gruppe "Mikrodin" – über ein Groß- und Einzelhandelsnetz. Insgesamt gehören dieser Gruppe 24 Gesellschaften mit 300.000 Beschäftigten an.¹¹

Was die übrigen Finanz-Industrie-Gruppen des militär-industriellen Komplexes, des agrar-industriellen Komplexes und auch des Brennstoff- und Energiekomplexes angeht, so war deren Aktivität in der Zeit nach der Wahl nicht so beeindruckend, wenn man sie vor dem Hintergrund der aggressiven Lobbyarbeit der am Finanzkapital orientierten Finanz-Industrie-Gruppen sieht.

Die Unternehmen des agrar-industriellen Komplexes, die direkt von Zuweisungen aus dem Staatshaushalt abhängig sind und keine starke Position in der Regierung haben, setzen, wie schon seit jeher, auf die Herbsttagung des Parlaments, wo der Haushalt für 1997 beraten werden soll.

Die Lobbyisten des agrar-industriellen Komplexes, die in der Staatsduma eine eigene Fraktion und einen Verbündeten in Gestalt der KPRF-Fraktion haben, greifen zu einem im Laufe der letzten Jahre gut eingespielten Schema: Druck auf die Regierung zwecks Erhöhung der Zuweisungen für den agrar-industriellen Komplex gegen Unterstützung für den Haushalt als Ganzes.

¹¹ Nach Schätzungen von Experten, und insbesondere I. Bunins, gehören zum Einflußbereich des "Menatep-Imperiums" 60 juristische Personen, entsprechend zum Bereich der "Inkombank" 30, zu "Most" 42, zu "Ros-sijskij kredit" 30. Siehe I. Bunin, *Biznes-élita ...*, a.a.O.

Die Staatsmacht freilich läßt sich im Umgang mit den Agrarlobbies von konkreter politischer Zweckmäßigkeit leiten – der Dialog mit den Agrariern wird vor allem auf der regionalen Ebene geführt, und zwar dort, wo Gouverneurswahlen anstehen und wo die Möglichkeit besteht, den Block der Oppositionskräfte auf diese Weise zu spalten. So wurde insbesondere der Erfolg der Anhänger des Präsidenten im Gebiet Saratow, wo der von der Jelzin-Administration unterstützte Gouverneur Dmitrij Ajazkow gewählt wurde, dadurch erreicht, daß es gelang, einen Teil der Leiter der Agrarbetriebe des Gebiets, die bei der Erntekampagne von der Gebietsverwaltung Unterstützung erhielten, auf seine Seite (und damit auf die Seite des Präsidenten) zu ziehen.

Eine entsprechende Politik betreiben auch die von Moskau unterstützten Gouverneurskandidaten in anderen Agrarregionen (vor allem der ehemalige Leiter der Präsidialadministration Nikolaj Jegorow, der sich in der Region Krasnodar um das Amt des Administrationschefs bewirbt).

Was die Unternehmen des militär-industriellen Komplexes betrifft, so zeigen sich hier Symptome, die von eingespielten Kontakten und von Kooperation der Verteidigungsbetriebe untereinander zeugen wie auch von einer engeren Zusammenarbeit mit den Moskauer Behörden, die sie koordinieren, vor allem mit dem neuen Minister für Verteidigungsindustrie Sinowij Pak. Ersthafte Reibungen gibt es beim Direktorat des militär-industriellen Komplexes aber nach wie vor mit der Gesellschaft "Rosvooruzenie", die nach Meinung vieler Direktoren Schwierigkeiten macht, wenn die Unternehmen selbständig auf den internationalen Waffenmarkt gehen wollen. So wurde "Rosvooruzenie" auf der internationalen Ausstellung für Wehrtechnik, Waffen und Konversionsprodukte, die Mitte September in Omsk in Sibirien stattfand, von vielen Teilnehmern direkt dafür verantwortlich gemacht, daß der neue russische Panzer T-80U auf einer Ausstellung in Abu Dhabi (Vereinigte Arabische Emirate) ein Mißerfolg war und deshalb äußerst vorteilhafte Verträge nicht zustande kamen.

Überhaupt entwickelt sich die Situation um "Rosvooruzenie" und seinen Chef A. Kotelkin immer mehr zu einem Skandal. Finanzmanipulationen gigantischen Ausmaßes und illegale Entnahme staatlicher Mittel, die die Gesellschaft im Laufe der letzten Jahre begangen hat, kommen nach und nach ans Licht der Öffentlichkeit. Hintergrund dieses Skandals ist ein Kampf um die Kontrolle über "Rosvooruzenie".

Der Kampf um das Erbe von Soskowez und Korshakow ist, wie es aussieht, noch lange nicht beendet. Eigene Vorstellungen vom militär-industriellen Komplex haben sowohl Tschubajts als auch Potanin, der zum Vorsitzenden der Staatlichen Rechnungsprüfungskommission für Dienststellen des Verteidigungssektors berufen wurde. Für einen nicht minder spektakulären Skandal und großen Presserummel sorgte nach dem Skandal um "Rosvooruzenie" die Absicht der Gesellschaft "Aeroflot", im Verlauf der Jahre 1997-1998 zehn amerikanische Passagierflugzeuge des Typs "Boeing 737" zu erwerben. Diese Absicht stieß auf wütenden Protest der Kasaner Gorbunow-Werke für Luftfahrttechnik, die früher auf den Bau von Fernbombern spezialisiert gewesen waren und in jüngster Zeit das neue Zivilflugzeug T-214 gebaut hatten: Sie hatten mit einem Auftrag von "Aeroflot" in Höhe von 100 Mrd. Rubel gerechnet. Der Konflikt gewann bald eine politische Dimension, als sich der Präsident und der

Premierminister von Tatarstan, Mintimer Schaimijew und Farid Muchamedschin, einschalteten, die sich mit Demarchen an Jelzin und Tschernomyrdin wandten und gegen die "Unterminierung der nationalen Sicherheit und Unterjochung Rußlands durch ausländische Gesellschaften" protestierten. Eine vernehmbare Reaktion der staatlichen Behörden gibt es bislang nicht, aber einige indirekte Anzeichen deuten darauf hin, daß der Konflikt zugunsten der heimischen Flugzeugbauer entschieden wird.

Seit der Wahl läßt sich deutlich ein gewisser Rückgang des Lobbypotentials des Brennstoff- und Energiekomplexes, vor allem seiner "Gaskomponente", erkennen. Zwar besteht die persönliche Kontrolle des Premierministers über den Brennstoff- und Energiekomplex nach wie vor, aber aufgrund seiner erweiterten Kompetenzen muß Tschernomyrdin auch die Interessen der anderen Wirtschaftssektoren berücksichtigen, und der neue Minister für Brennstoffe und Energetik, der "Gazprom-Mann" W. Rodionow, der den zur "Tjumener Ölgesellschaft" gewechselten Jurij Schafrannik in diesem Amt abgelöst hat, ist in den Moskauer Korridoren der Macht noch ohne größeren Einfluß. Auch die hauptsächlich durch die Insolvenzkrise bedingte Verschlechterung der Konjunktur in der Wirtschaft insgesamt wie auch in den Branchen des Brennstoff- und Energiekomplexes wirkt sich aus.

So hat "Gazprom" laut verschiedenen Schätzungen bei den Verbrauchern Außenstände in Höhe von 20-30 Billionen Rubel, und wenn man noch die chronischen Zahlungsausfälle seitens der Länder der ehemaligen UdSSR (Ukraine, Weißrußland, baltische Staaten) hinzuzählt, dann erhält "Gazprom" auf dem Inlands- und dem GUS-Markt Zahlungen nur für 30 Prozent des erzeugten und an die Verbraucher gelieferten Gases. "Gazprom" seinerseits ist der Staatskasse noch erhebliche Summen schuldig, die zum Teil schon während des Wahlkampfes erhoben worden waren (600 Mrd. Rubel). Allerdings wurden diese Verluste nach den Wahlen weitgehend ausgeglichen: Die "Nationale Reservebank" gewährte der RAG "Gazprom" auf Antrag der Regierung einen Kredit in Höhe von 1,5 Billionen Rubel zu einem Vorzugszinssatz von 20 Prozent p.a., um damit die Steuern in den Staatshaushalt zu bezahlen. Dennoch ist die finanzielle Situation von "Gazprom" keineswegs glänzend.

Etwa die gleiche Situation bahnt sich in der Elektroenergetik an. Die Leitung der RAG "EES Rossii" ["Einheitliches Energiesystem Rußlands"] nahm die Energiekrise, die in der Region Primorje ausgebrochen war und auf die anderen Regionen Rußlands überzugreifen drohte, zum Anlaß, von der Regierung zu fordern, sie solle die Elektroenergiepreise für die Bevölkerung um das Vierfache erhöhen und die Schulden der Unternehmen, die ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen, übernehmen.

Etwas besser sieht es in der erdölfördernden Branche aus, zumal die Erdölförderer Zugang zu Personen wie Potanin und Beresowskij haben, dessen "Erdöl-Finanzgesellschaft" Treuhänder von 51 Prozent der Aktien von "Sibneft" ist. Allerdings kann die Regierungsverordnung vom September über die Erhöhung der Abgaben für aus Rußland exportiertes Erdöl die Ertragslage der Erdölförderung im Lande erheblich beeinträchtigen.¹²

¹² Siehe D. Kirillov, Sbylis' mračnye dlja rossijskich neftjanych kompanij prognozy, in: Finansovye izvestija, 19.9.1996.

Daher besteht aller Grund zu der Vermutung, daß der Druck der Brennstoff- und Energielobby auf die Regierung in nächster Zeit zunehmen wird. Gleichzeitig dürfte die Regierung diesmal die Möglichkeit einer gründlichen Strukturreform des Brennstoff- und Energiekomplexes und vor allem der natürlichen Monopole – der Gasindustrie, der Elektroenergetik sowie des Bahntransports und des Kommunikationswesens – ins Auge fassen.

Gedacht wird an eine erhebliche Kürzung des staatlichen Anteils an den natürlichen Monopolen, an die Beseitigung von Steuervergünstigungen, an die Trennung der fördernden von den transportierenden Unternehmen usw. Es geht mithin faktisch um eine Entmonopolisierung von "Gazprom" und "EES Rossii". Dabei ist anzumerken, daß es im Falle "Gazprom" derartige Pläne nicht erst seit diesem Jahr gibt. Rem Wjachirew hat aber über all diese Jahre alle Versuche, seinen Giganten aufzuspalten, erfolgreich abgeblockt. Wie es diesmal sein wird, läßt sich schwer sagen.¹³ Tatsache ist aber, daß der Monopolist "Gazprom" mit einigen, z.T. schon Anfang der neunziger Jahre privatisierten Ölgesellschaften, wie etwa der "LUKoil" von Wagit Alekperow, in der Dynamik der Entwicklung nicht mehr mithalten kann. Außerdem besteht in der Führung von "Gazprom" keine monolithische Einigkeit mehr, was die weiteren Perspektiven betrifft. All das begründet die Vermutung, daß die Frage der Entmonopolisierung von "Gazprom" früher oder später auf die Tagesordnung gesetzt wird.

3.3 Die Wirtschaftspolitik der Regierung und die Widersprüche der verschiedenen Gruppierungen in ihr

Bekanntlich wird der Charakter der Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Wirtschaftssubjekten ganz wesentlich von der Wirtschaftspolitik der Regierung und von ihrer Fähigkeit zur Koordinierung der verschiedenen Interessen beeinflusst. Bislang erweckt die jetzige Regierung den Eindruck, daß sie ausgewogener und weniger lobbyistisch gefärbt ist als ihre Vorgängerin. In ihr gibt es keine klar ausgeprägten Gruppierungen, wenn auch Widersprüche, vor allem zwischen Ämtern, bestehen bleiben. Es gibt Widersprüche prinzipieller Art im Zusammenhang mit dem Schlüsselproblem der Gegenwart, von dem ausnahmslos alle Wirtschaftssubjekte betroffen sind, nämlich wie man die Zahlungskrise überwinden und die Steuereinnahmen erhöhen kann. Schon im Stadium der theoretischen Analyse des Problems zeigte sich, daß es unter den mit Wirtschaftsfragen befaßten Regierungsmitgliedern mindestens zwei Flügel gibt, die die Lösung auf unterschiedliche Weise angehen: auf der einen Seite der Vizepremier und Finanzminister Liwschiz und Wirtschaftsminister Jassin und auf der anderen Seite der erste Vizepremier Potanin. Die ersteren beiden bestehen weiterhin auf einer Minimierung von Steuervergünstigungen und auf der zusätzlichen Besteuerung von Banktätigkeit, während Potanin, der vom Präsidenten zum

¹³ Anfang Oktober erhob R. Wjachirew – wohl zum ersten Mal – öffentlich eine Reihe heftiger Vorwürfe gegen die Regierung wegen zu großer "Nachgiebigkeit" gegenüber dem Internationalen Währungsfonds bezüglich der Entmonopolisierung von "Gazprom". Gleichzeitig wandte sich "Gazprom" mit einem offenen Brief an die Abgeordneten der Staatsduma, in dem diese gebeten wurden, sich mit der Situation kundig zu machen und bei der Vorbereitung des neuen Föderationshaushalts die Lage bei "Gazprom" zu berücksichtigen. Siehe Segodnja, 2.10.1996 und 8.10.1996.

Leiter der Arbeitskommission für die Verbesserung des Zahlungs- und Rechnungssystems ernannt worden ist, es für aussichtsreicher hält, die Verschuldung der Unternehmen gegenüber der Staatskasse umzustrukturieren, wobei sie ihre Verpflichtungen streng einzuhalten haben. Die zusätzliche Besteuerung der Geschäftsbanken gehört vorläufig nicht zu seinen Prioritäten. Einige Beobachter wollen in diesem Zusammenhang nicht ausschließen, daß zunehmende Widersprüche zwischen den Anhängern einer härteren Politik gegenüber den Geschäftsbanken und den Vertretern von deren Interessen die Lage innerhalb der Regierung in einem gewissen Maße destabilisieren können.¹⁴

Bezeichnend in dieser Hinsicht ist die Situation, die sich um den Finanzminister der Russischen Föderation, A. Liwschiz, ergeben hat. Seine Aktivitäten zur Regelung der Besteuerung haben vor allem beim Großkapital eine Welle der Kritik ausgelöst, die wie eine gezielte Diskreditierungskampagne anmutet. Sie hatte zur Folge, daß der staatliche Steuerdienst aus dem Geschäftsbereich des Finanzministeriums herausgelöst und dem Präsidenten – und damit faktisch dessen Administrationschef Tschubajs – unterstellt wurde.¹⁵

Eine harte Probe für die Regierung wird auch die Behandlung des Staatshaushaltsentwurfs für 1997 in der Föderationsversammlung Rußlands werden. Dieser Entwurf ist, ebenso wie der vorausgegangene, auf die weitere Verhärtung der Kredit- und Finanzpolitik angelegt. Die Inflationsrate, von der ausgegangen wird, beträgt 10-11 Prozent im Jahr, die Refinanzierungsrate dagegen ist von 80 Prozent 1996 auf 25 Prozent 1997 gesenkt worden.

Es ist völlig klar, daß solche makroökonomischen Leitlinien nicht nur die Branchen des realen Wirtschaftssektors durch fehlende Finanzmittel in eine äußerst schwierige Lage bringen, sondern daß sie auch einen bedeutenden Teil des russischen Bankensystems – vor allem kleine und mittlere Banken – in den Bankrott treiben können. Deren Aktiva und Kunden werden dann sehr wahrscheinlich von den großen und supergroßen Banken übernommen werden. Mit anderen Worten: Die Realisierung des neuen Haushalts wird zu weiterer Konzentration des Bankkapitals und zur Monopolisierung des Bankenwesens führen. Dabei geraten regionale und lokale Banken unter die Kontrolle der zentralen

¹⁴ Von bestehenden Widersprüchen sowie von der Unfähigkeit der Regierung, mit legitimen Mitteln für die Einnahme der Steuern zu sorgen, zeugt die Bildung einer "Provisorischen außerordentlichen Kommission beim Präsidenten der RF zur Stärkung der Steuer- und Haushaltsdisziplin". Der Wirtschaftsbeobachter der Zeitung "Segodnja", M. Leontjew, meint dazu: "Polizeimethoden zur Lösung wirtschaftlicher Probleme wenden jetzt nicht Polizisten an, sondern völlig zivilisierte und sogar begabte Ökonomen, die sich hartnäckig weigern, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Hauptursache für die zu geringen Steuereinnahmen die zunehmende Schmälerung der realen Steuerbasis ist." – M. Leont'ev, *Nalogi budet sobirat' VČK*, in: *Segodnja*, 12.10.1996.

¹⁵ Sehr unzufrieden mit seiner Stellung in der Regierung äußerte sich kürzlich der Vizepremier W. Iljuschin, der für die Situation im sozialen Bereich verantwortlich ist, aber, wie er meint, über keinerlei reale Hebel der Einflußnahme verfügt. Auf einer kürzlich abgehaltenen Pressekonferenz behauptete er, das eigentliche oberste Organ der Exekutive der Föderation sei nicht die Regierung, sondern es seien hochgestellte Beamte, von denen die meisten sich um die vor kurzem geschaffene Provisorische außerordentliche Kommission gruppieren. Analytiker weisen auch darauf hin, daß in dieser sehr repräsentativen Kommission nicht nur Iljuschin fehlt, sondern auch der erste Vizepremier A. Bolschakow, der den Block der "Industrieministerien" in der Regierung kritisiert hatte. – Siehe T. Koršakova, *Kto upravljaet ekonomiko*, in: *Nezavisimaja gazeta*, 16.10.1996.

Geschäftsbanken, und zwar vor allem derer, die mit den Strukturen der Staatsmacht verbunden sind.

Die gleichen Folgen für das russische Bankensystem hätte auch der zweite Hauptgedanke des Staatshaushaltsentwurfs für 1997 – die Idee einer weitgehenden Einschränkung des Kreises von Banken, die mit Mitteln des Staatshaushalts arbeiten. Heute werden die Haushalte der Föderation und der Regionen von einem ziemlich weiten Kreis von Geschäftsbanken bedient. 1997 soll ein bedeutender Teil dieser Aufgaben an das Föderale Schatzamt und eine enge Gruppe ermächtigter regierungsnaher Banken übertragen werden. Das wird deren Positionen weiter stärken und ihren Interessen dienen.¹⁶

Gleichzeitig sollen 1997 – entgegen allen ursprünglichen Erklärungen, daß der Haushalt-97 investitionsorientiert sein werde – nur die Ausgaben für den inneren staatlichen Schuldendienst und für die Strukturen der Staatsgewalt (Armee, Rechtsschutzorgane) erhöht werden. Solche Haushaltsprioritäten werden bei den Lobbygruppen des realen Wirtschaftssektors (Maschinenbau, verarbeitende Industrie und sogar der Brennstoff- und Energiekomplex) wohl kaum Unterstützung finden. Deren ohnehin schon schwieriges Verhältnis zu den Finanzlobbies dürfte sich noch weiter zuspitzen.

Somit stehen die ersten Monate nach der Präsidentschaftswahl im Zeichen einer gewissen Unkoordiniertheit der regierungsamtlichen Wirtschaftspolitik. Es entsteht der Eindruck, daß die Regierung hin- und hergerissen ist zwischen den Interessen der einflußreichen Wirtschaftssubjekte und der Notwendigkeit, ihnen gewisse Schranken zu setzen, um ihnen kein übermäßiges Erstarken zu gestatten.

3.4 Alexander Lebed und die politischen Risikofaktoren

Das Paradox der gegenwärtigen realen Situation in Rußland liegt darin, daß es den großen Finanzgruppen möglich ist, die Wirtschaftspolitik immer stärker zu beeinflussen, ihre eigene Macht dabei aber weitgehend durch ihre Nähe zum Staatshaushalt und somit zum Staat insgesamt bestimmt ist. Folglich kann beim Eintreten bestimmter, vor allem politisch bedingter Situationen diese "Macht" sich verflüchtigen. Daher ist die Unternehmerschaft gegenwärtig nicht so sehr durch die wirtschaftlichen Widersprüche in der Regierung beunruhigt, sondern durch den schon entbrannten Kampf um das Erbe Jelzins – hauptsächlich im Dreieck Tschernomyrdin-Tschubajts-Lebed, dazu in jüngster Zeit auch noch mit dem Moskauer Bürgermeister Jurij Lushkow. Als zentralen Faktor der Instabilität sehen die meisten Analytiker die Person Alexander Lebeds, des kurzzeitigen Sekretärs des Sicherheitsrats beim Präsidenten der RF. Zu den Besonderheiten Lebeds als Politiker meinen die meisten Experten, er sei bis heute "ein Fall für sich", er habe keinerlei konsequente strategische Ziele und verfüge weder über erfahrene politische Partner noch über eine feste Stütze in den Finanz- und Industriestrukturen, mit Ausnahme vielleicht der "Inkombank", die ihn bei der

¹⁶ Zu den Plänen der Regierung gehört auch die Renationalisierung einer Reihe von Geschäftsbanken durch den Erwerb eines Aktienpakets, das ihr die Kontrolle sichert. Dieses Vorgehen ist in bezug auf die Agroprombank schon angewandt worden. – Siehe M. Berger, *Pravitel'stvo pristupaet k nacionalizacii bankov*, in: *Izvestija*, 16.10.1996.

Präsidentenschaftswahl unterstützte. Dies und seine persönliche Eitelkeit ermöglichen es ihm, alle Spielregeln zu akzeptieren und sich von jedem etablierten politischen Subjekt, gleich, ob zur "Partei der Macht" oder zur Opposition gehörig, einsetzen zu lassen.

Aber wie gesagt, vorerst genießt Lebed bei den Wirtschaftseliten keine ernsthafte Unterstützung. Auch von Beresowskij, der nach Meinung vieler der Erfinder des Plans war, Lebed in die Mannschaft Jelzins einzubinden und der im Wahlkampf sehr viel tat, um ihn "loszulassen", hat er sich getrennt.¹⁷ Es ist aber zu bedenken, daß es neben den Widersprüchen innerhalb des herrschenden Establishments und den auf dieses ausgerichteten verfügbaren Wirtschaftsstrukturen noch einen am Rande, außerhalb der Macht- und Einflußzentren existierenden Teil der Elite gibt, den man sich dienstbar machen kann.

Hierbei handelt es sich vor allem um den Teil der Finanzelite, der ein beträchtliches Wirtschaftspotential vertritt, aber aus verschiedenen Gründen nicht dem herrschenden politischen Establishment angehört. Bekanntlich hat eine ganze Reihe großer Geschäftsbanken gegenwärtig ernste Probleme, darunter die "Promstrojbank", die "Inkombank", die "Agroprombank", die "Tver'universalbank", die "Unikombank" und einige andere. Man mag es für bloßen Zufall halten, aber das sind genau diejenigen Banken, die bei der Präsidentenschaftswahl entweder Sjuganow unterstützten oder sich "unpolitisch" verhielten und sich der Unterstützung irgendeines Kandidaten, einschließlich des amtierenden Präsidenten, enthielten. Ob sie bereit sind, auf Lebed zu "setzen", ist schwer zu sagen. Die Vertreter dieser Banken erklären die bei ihnen entstandenen Schwierigkeiten (den Skandal um die zwei Jahre zurückliegende Klage der "Inkombank" in den USA, die Auswechslung der Führung bei der "Promstrojbank", den Entzug der Banklizenz und die Einsetzung eines Interimsbevollmächtigten der Zentralbank bei der "Tver'universalbank") nicht mit politischen Ursachen, sondern mit Machenschaften der Konkurrenz, und sie beabsichtigen, wie es aussieht, sich von politischen Spielen möglichst fern zu halten. Aber es ist auch klar, daß es in der für Rußland charakteristischen Situation der Überpolitisierung äußerst schwierig ist, sich mit seinen eigenen Dingen zu beschäftigen, ohne dabei die Staatsmacht oder irgendwelche Clans im Auge zu behalten.

Aber auch ohne Unterstützung durch die großen Finanz-Industrie-Gruppen kann sich Lebed in seinem Kampf um die Macht schon heute auf einen Teil der regionalen Wirtschaftseliten stützen, besonders in den vom wirtschaftlichen Niedergang betroffenen und von Dotationen abhängigen Regionen Zentral- und Südrußlands. Unterstützung findet er ferner bei kleinen und mittleren Geschäftsleuten, die unter der Last der Steuern ersticken und die Konkurrenz mit westlichen Warenproduzenten nicht bestehen können und daher sehr anfällig für "national-patriotische" Rhetorik sind, sowie bei den Agrariern, die in den letzten Jahren immer ihre Hoffnung auf die KP gesetzt hatten, aber von dem matten Wahlkampf Sjuganows bei den letzten Wahlen enttäuscht sind.

¹⁷ In den russischen Massenmedien ist die Version stark verbreitet, das Bündnis Lebeds mit dem ehemaligen Chef der Präsidialadministration A. Korshakow habe einen finanziellen Hintergrund. Gleichzeitig meinen viele Analytiker, daß Korshakows Möglichkeiten, heute auf Unternehmerstrukturen einzuwirken, äußerst begrenzt sind. – Siehe V. Stupin, Nagrady ušli iz ruk geroja. in: Kommersant, Nr. 38/1996, S. 54-57.

Und schließlich hat Lebed ein sehr stattliches Wählerpotential. Jüngsten Umfragen zufolge ist die öffentliche Unterstützung für ihn fast doppelt so hoch wie für die anderen bekannten russischen Politiker – Sjuganow, Tschernomyrdin, Jelzin, Lushkow und Jawlinskij.

Somit ist die "Partei der Macht" (im weiten Sinne) nach ihrem eindeutigen Sieg bei der Präsidentschaftswahl gleichzeitig gestärkt und geschwächt – gestärkt in dem Sinne, daß sie eine tatkräftige Politik machen kann, ohne auf die geschlagene systemfeindliche Opposition in Gestalt der KPRF und ihrer Verbündeten Rücksicht nehmen zu müssen, geschwächt in dem Sinne, daß eine Opposition mit einem neuen Kraftzentrum in Gestalt von Alexander Lebed entstanden ist.

Unter diesen Umständen wird sehr viel davon abhängen, inwieweit die Institutionen der Staatsmacht und die führenden Finanz-Industrie-Gruppen Rußlands in Abwesenheit des Präsidenten koordiniert und tatkräftig handeln, und es wird darauf ankommen, was sich durchsetzt: Gruppenegoismus oder Verständnis für die gesamtstaatlichen Interessen. Die erste "Nagelprobe", an der sich die wahren Interessen und Ziele der interessierten Strukturen und Personen erweisen werden, wird die Ausfertigung und Verabschiedung des neuen Föderationshaushalts für 1997 sein. Wenn es dem Staat gelingt, bei der Behandlung des Haushalts den Appetit der Amtslobbyisten und politischen Clans zu zügeln, dann bestehen gute Hoffnungen auf eine Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Situation im Lande, wenn nicht, dann ist ein weiteres Festziehen der gesellschaftlichen Instabilität unvermeidlich.

Politisch wird das Hauptproblem die Suche nach einer Person sein, welche die "Partei der Macht" konsolidiert, falls Boris Jelzin seine Amtsgeschäfte nicht wieder aufnehmen kann. Diese Person dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach Viktor Tschernomyrdin sein.

Anhang**Die 50 einflußreichsten Unternehmer Rußlands**

Nr.	Name des Unternehmers	Unternehmen	Angaben für das II. Quartal 1996
Sehr starker Einfluß			
1.	Wjachirew, R.I.	"Gazprom"	4,87
2.	Beresowskij, B.A.	"LogoVAZ"	4,65
3.	Gussinskij, W.A.	"Most"	4,57
4.	Alekperow, W.Ju.	"LUKoil"	4,49
5.	Potanin, W.O.	ONEKSIM-Bank	4,30
6.	Kasmin, A.I.	Sberbank	4,12
7.	Smolenskij, A.P.	Stoličnyj bank sbereženij	4,10
8.	Murawlenko, S.W.	"JuKOS"	4,07
9.	Chodorowskij, M.B.	Rosprom	4,04
Starker Einfluß			
10.	Schtyrow, W.A.	"Almazy Rossii - Sacha"	3,63
11.-12.	Lissowskij, S.F.	ORT-reklama	3,60
11.-12.	Rodionow, S.S.	Bank "Imperial"	3,60
13.	Putin, N.A.	GAZ	3,55
14.	Dubenezkij, Ja.N.	Promstrojbank	3,54
15.	Newslin, L.B.	Rosprom	3,53
16.	Winogradow, W.W.	"Inkombank"	3,40
17.-18.	Bech, N.I.	KamAZ	3,32
17.-18.	Djakow, A.S.	EĖS Rossii	3,32
19.	Awen, P.O.	Al'fa-Bank	3,23
20.	Monachow, S.W.	"Menatep"	3,20
21.	Poletajew, Ju.W.	Vneštorgbank	3,18
22.	Bendukidse, K.A.	Bioprocess	3,05

Mittlerer Einfluß			
23.-24.	Fridman, M.M.	Al'fa-Konsortium	2,90
23.-24.	Bogdanow, W.L.	"Surgutneftegaz"	2,90
25.	Geraschtschenko, W.W.	Meždunarodnyj Moskovskij bank	2,85
26.	Fjodorow, S.N.	"Mikrochirurgija glaza"	2,83
27.	Chloponin, A.G.	MFK, "Noril'skij nikel"	2,80
28.	Ljubimow, A.M.	Intervid	2,77
29.	Chochlow, W.A.	Tokobank	2,73
30.	Nikolajew, A.N.	"AvtoVAZ"	2,71
31.-32.	Truschin, Ju.W.	Agroprombank	2,70
31.-32.	Tossunjan, G.A.	Technobank	2,70
33.	Kisselew, O.W.	"Mosėkspo"	2,66
34.	Netschajew, A.A.	Rossijskaja finansovaja korporacija	2,64
35.	Bukato, W.I.	Mosbiznesbank	2,61
36.	Generalow, W.A.	"Noril'skij nikel"	2,57
37.	Kobson, I.D.	"Moskovit"	2,53
38.-39.	Malkin, W.B.	"Rossijskij kredit"	2,52
38.-39.	Petrow, Ju.W.	GIK	2,52
40.	Siwak, A.W.	"Sidanko"	2,50
41.	Jefanow, A.G.	"Mikrodin"	2,44
42.	Sacharow, A.W.	MMVB	2,39
43.	Rajewskaja, N.A.	Avtobank	2,35
44.	Agapow, Ju.W.	Kredobank	2,27
45.	Schaposchnikow, Je.I.	"Aėroflot"	2,25
46.	Wlassow, A.F.	Rossijskaja birža	2,23
47.	Jurjew, M.S.	AO "Interprom"	2,21
48.-49.	Orlow, D.L.	Bank "Vozroždenie"	2,15
48.-49.	Korowin, W.W.	"Uralmaš"	2,15
50.	Massarskij, M.W.	"Rossijskoe zoloto"	2,05
Durchschnittswert			3,09

Quelle: Nezavisimaja gazeta, 14.09.1996.

Wladimir Petuchow/Wladimir Wjunizkij

The Rôle of Russian Economic Elites in 1996

Bericht des BIOst Nr. 17/1997

Summary

Introductory Remarks

One of the major factors contributing to Boris Yeltsin's victory in the presidential election held in the summer of 1996 was the active support given to him by Russia's economic elites. His success was for the most part due to the fact that, for the first time in Russia's post-1991-reformation history, the country's economic elites emerged as a consolidated force that was capable of taking unconventional action and - even more important - was prepared to assert itself on the political scene. What remains to be discussed, of course, is the question: was the elites' capacity for co-ordinated action triggered only by situational factors, was it merely an ad hoc response to the impending victory of the communist candidate, or is the influence of the entrepreneurial class and its awareness of its own interests vis-à-vis the interests of society as a whole by now so well developed that this influence is going to be a long-term factor not only in Russia's economic but also in its political life?

In order to answer this question, the present study deals with the following problems: who are the principal economic subjects and what are their links to the various sections of the political establishment in the mid-nineties? What rôle did the economic elites play in securing the victory of the "Party of Power" in the presidential elections, and what were the concrete instruments they used to achieve that victory? Via which channels and in what concrete form does communication take place between the prominent personalities on the political scene and Russia's financial/industrial groups in the post-election period?

Findings

On the basis of their analysis, the authors of the present report come to the following conclusions:

1. The presidential election campaign in Russia clearly revealed the growing influence exercised by the economic elites not only in the economic but also in the political life of Russia today. Contrary to numerous prognoses that the consolidation of the economic and political elites achieved during the presidential election campaign would be short-lived, the actual course of political life since the election shows that those sections of the establishment that played a cardinal rôle in Boris Yeltsin's victory in the election share a similar assessment of the social and economic system that has emerged in Russia and of its

prospects for further development, despite persisting contrarities. It is important to note in this context that the economic elites that are influencing the policies of the Russian president's new administration account for only a fraction of the economic subjects in Russia today, which include numerous high-ranking financial institutions (especially in Moscow) and financial/industrial groups of the power industry and the military/industrial complex. Because of the changing balance of power in the upper echelons of politics and the deterioration of the economic situation, their numbers have even declined somewhat. The vast majority of the economic subjects, including a part of the financial and financial/industrial capital, is not represented at all at the upper levels of power.

2. The general course of state economic policy is currently being steered by Viktor Chernomyrdin and Anatoly Chubais. Despite certain tactical differences in their rivalry for influence within the cabinet, their alliance can be considered quite firm as at the end of 1996. Accordingly, those groups within the financial and industrial elites which take their bearings from the Prime Minister and the Head of the presidential administration (the joint stock company "Gazprom", the "LogoVAZ" corporate group, the ONEKSIM bank, the "Most" group, and a number of others) had channels at their disposal through which they can bring influence to bear on economic policy decisions. Since most of these groups belong to the financial capital sector, they attempt to take advantage of their access to the levers of power to dictate an economic policy which is detrimental to the rest of the economic subjects. The government, for its part, is at pains to bring about a balance of interests between the various lobbies from the financial sector and the different branches of industry, but these endeavours are very inconsistent and even contradictory, which in turn gives rise to frequent conflicts within and outside the government.
3. In the face of political problems, particularly in connection with President Yeltsin's poor health and the prospect of early presidential elections, the ever more evident rivalries between the various economic groups are causing serious problems for the "Party of Power". The greatest of these problems was the de facto formation of a parallel power and influence centre around the former Secretary of the Security Council, Alexander Lebed, with the possible consequence that a myriad of alliances and blocs could be formed between the economic subjects that have "suffered" under the state's policies and the political currents that circulate around Lebed.
4. In the medium term, increased activity on the part of those economic elites is to be expected which determine the policies of the Yeltsin administration in two decisive directions: firstly in converting the political advantages gained in the presidential election into concrete economic benefits, especially through the re-distribution of budget funds and exploiting economic privileges; and secondly in the search for a leading figure who would be capable of consolidating the "Party of Power" in the event of Yeltsin no longer being able to carry out his official duties.